

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsverzeichnisse für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespalte Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Vom Balkan.

Der „Kosak in Generalsuniform“, Herr von Kauibar, der den schönen Auftrag hat, durch ein brutales und allem Völkerrrecht mit der Faust ins Gesicht schlagendes Benehmen die Bulgaren zu einem Verzweiflungskampfe zu reizen, damit die Russen einen Grund haben, in Bulgarien einzumarschieren — nicht einmal diese Sorte von Diplomaten hat die Bulgaren aus ihrer korrekten Haltung bringen können. Und doch sollte man meinen, es sei genug geschehen. Wenn die bulgarischen Offiziere offen zum Verrath aufgefordert, wenn bei den Wahlen bulgarische Kandidaten von den Russenfreunden todgeschlagen und in Stücke geschnitten werden, so könnte das schon hinreichen, ein Volk in Wahrung zu bringen. Allerdings ist die Situation für das kleine Bulgarien die bedenklichste. Widerstand gegen das „heilige Russland“ hat keinen Zweck, denn es wäre der Widerstand der Maus gegen die Katze.

Die Russen werden aber dennoch eintreten in dieser oder jener Art. Wenn sie absolut keinen Vorwand zu einem solchen Vorgehen finden können, so thun sie es eben ohne Vorwand.

Einen Bundesgenossen, der im Stande wäre, Anstalt die Siirne zu bieten, wird Bulgarien nicht finden. Wer sollte das Schwert ziehen und ihnen helfen? Binnen kurzer Frist wird Bulgarien „übergeluchelt“ sein.

Die Bedenklichkeiten der europäischen Situation werden sich dann um ein Bedeutendes vermehrt haben. Wenn Bulgarien von den Russen besetzt ist, dann ist es nicht mehr möglich, eine Union der Balkanstaaten zusammenbringen, die eine letzte Vormauer gegen Russland bilden könnte. Bulgarien müßte aber die Seele dieser Union sein. Das ist es, was man an der Regierung des Fürsten Alexander tadeln muß, daß er für eine Union der Balkanstaaten während seiner neunjährigen Herrschaft nichts gethan hat. Andererseits muß betont werden, daß auch im vielbewunderten Berliner Vertrag kein glücklicher Griff wirkte mehr trennend als vereinigend auf die Balkanländer. Wenn nun die Russen einmarschieren, so wird die Gelegenheit, eine Balkan-Union herzustellen, wahrscheinlich niemals wieder kommen. König Milan von Serbien hat nun endlich eingesehen, daß diese Union nothwendig ist. Leider ist diese Einsicht bei ihm sehr spät gekommen, zu spät, als daß sie noch viel nützen könnte.

Die russische Politik wandelt genau die Bahnen, die in jenem vielbesprochenen mystischen Altentstüd, dem sogenannten Testament Peters des Großen, vorgeschrieben sind. Es gilt jetzt, Oesterreich zu isoliren, damit es allein angegriffen werden kann. Man wird Oesterreich in eine fatale Lage

bringen, indem man sich auf seinen Schützling Serbien stürzt und dort die gewohnte Verwirrung herbeiführt. Dies wird um so leichter sein, als in Serbien sich noch eine starke russische Partei befindet, die bestanden hat, seitdem die Serben ihre Unabhängigkeitskämpfe gegen die Pforte mit russischer Hilfe führten. Dann kann sich die bulgarische Affaire in zweiter Auflage abspielen; vielleicht erhält Milan auch eines schönen Tages einen Brief vom Zaren, der ihn aus Serbien verschwinden macht.

Da man den Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht kennt, so kennt man auch nicht die Bedingungen, unter denen Deutschland zur Hilfe verpflichtet ist. Man glaubt zu wissen, daß das Deutsche Reich den Oesterreichern nur dann zu Hilfe kommen werde, wenn sie der angegriffene Theil sind. Doch ist das nur eine Muthmaßung einzelner Blätter. Ist sie aber richtig, dann wird Russland wohl dafür sorgen, daß Oesterreich angreifen muß.

Als im Jahre 1849 die Russen mit 140 000 Mann in Ungarn einrückten, um den ungarischen Aufstand niederzuwerfen zu helfen, da dachten die Staatsmänner, welche die russische Hilfe angerufen hatten, wohl kaum daran, daß 37 Jahre nachher die Bundesgenossen als drohendes Kind an der Grenze stehen würden. Nach der Kapitulation von Vilagos, wo die letzte ungarische Armee unter Görgey die Waffen streckte, meldete der russische Oberbefehlshaber Paslawitsch dem Zaren Nikolai nach Petersburg: „Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät!“ Man sieht, die Russen hatten damals schon gewisse Absichten, wie sie im Jahre 1814 Danzig nicht mehr herausgeben wollten, und sie hatten 1849 den General Görgey, der die verrätherische Kapitulation von Vilagos abschloß, so sehr bethört, daß er glaubte, die Russen seien heimliche Freunde der Ungarn. Diese heimliche Freundschaft der Russen dokumentirte sich zunächst dadurch, daß sie die gefangenen ungarischen Führer fast alle den Oesterreichern und damit dem Galgen oder dem Kerker überlieferten. Damals belamen die Russen noch nichts; nun werden sie sich bald die Belohnung für den Feldzug von 1849 holen wollen.

Wir malen die Situation nicht zu düster. Wir haben immer auf das Bäuende in der russischen Politik hingewiesen. Vor wenigen Monaten sah alles noch friedlich aus; da kam der Staatsstreich gegen den Fürsten Alexander und die Gefahr, die von Osten droht, trat in ihrer ganzen furchtbaren Größe vor Europa hin. Heute bestreitet sie Niemand mehr.

Heute ist noch Zeit, die Mittel zur Rettung zu beschaffen. Aber die Frist ist eine kurze. Wenn Oesterreich vereinzelt niedergeworfen wird, dann stehen wir unmittelbar vor der Gefahr, daß Europa losadisch wird. Und die Kosaken werden gewiß alle unsere Kulturerrungenschaften,

die ihnen nicht behagen, schonungslos niedertrampeln, dessen darf man sicher sein.

Einstweilen sieht man zu, wie Bulgarien seinem Schicksal verfällt. Möge Bulgarien das letzte Land sein, das von den Moskowitern so vergewaltigt wird. Das wünschen wir, aber wir müssen leider befürchten, daß es nicht das letzte ist.

Die Agitation der Handlungsgehilfen

um Einführung des Krankenversicherungszwanges ist nicht nur auf Berlin beschränkt geblieben. So ist z. B. der Magistrat in Breslau nunmehr wenigstens soweit gedrängt worden, daß er in einer Vorlage an die Stadtverordneten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Gehilfen weiblichen Geschlechtes beantragt hat; für die Männer verhält er sich allerdings heute noch ablehnend. Auch in Dresden regen sich die jungen Kaufleute. Der dortige Kreisverein des „Verbandes deutscher Handlungsgehilfen“ hatte am 28. Oktober eine Versammlung, um Beschluß zu fassen über die von der dortigen Handelskammer an den Verein gerichteten Fragen. Die erste Frage: „Erscheint die Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges auf männliche und weibliche Handlungsgehilfen für geboten?“ wurde in Uebereinstimmung mit dem Leipziger Zentralverein mit Ja beantwortet.

In größeren süddeutschen Städten, wie München, Mannheim, Regensburg und Darmstadt besteht heute schon der Krankenversicherungszwang, ohne daß sich die Gehilfen, wie das Aeltestenkollegium meint, dadurch „entwürdigt“ fühlen, und auch angesehenere süddeutsche Blätter treten für denselben ein. So schreibt die demokratische — nicht sozialistische „Verr Eugen Richter!“ — „Frankfurter Zeitung“: „Es haben in der letzten Zeit sich mehrfach kaufmännische Korporationen mit der Frage beschäftigt, ob der Krankenversicherungszwang auch auf die Handlungsgehilfen ausgedehnt werden sollte. Bekanntlich kann nach § 2 des Krankenlosgesetzes vom 15. Juni 1883 durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben die obligatorische Krankenversicherung ausgedehnt werden, u. A. auch auf Handlungslehrlinge und Gehilfen. Die von den einzelnen kaufmännischen Korporationen zur Frage der Opportunität der Anwendung dieser Bestimmung eingenommene Stellung ist eine keineswegs gleichartige; es haben sich z. B. die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft entschieden gegen Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges, die Vereinigung Berliner Kaufleute und Industrieller ebenso bestimmt dafür ausgesprochen. Die Gründe, welche von der dem Versicherungszwang abgeneigten Seite gegen den letzteren geltend gemacht werden, können auf besondere Stichhaltigkeit nun aber durchaus keinen Anspruch erheben. Man meinte, es liege dazu kein Bedürfnis vor; woher kommt dann aber die lebhafteste Agitation der freien Organisation junger Kaufleute zu Berlin und anderer Verbindungen

Feuilleton.

Im Hause des Verderbens.

Kriminalroman.
Von Reinhold Ortmann.

Er stand auf und wollte an Dolmsfeld vorbei zur Thür gehen; aber der junge Mann vertrat ihm noch einmal den Weg.

„Sie haben einen Auftrag für mich gehabt, jetzt habe ich auch noch einen für Sie,“ sagte er, ohne Ramsfeld's drohende Miene im Geringsten zu fürchten. „Wenn Sie einmal das Sprachrohr des Herrn von Brandenstein sind, so mag er auch durch Sie hören, was ich ihm zu sagen habe! — Es ist mir nicht entgangen, daß es sich einer jungen Dame hier im Schlosse in einer Weise zu nähern versucht hat, die ich niemals dulden werde. Sagen Sie ihm —“

„Mensch, was fällt Ihnen denn ein? — Haben Sie den Verstand verloren?“ fiel ihm der Doktor in die Rede. Dolmsfeld trat jedoch noch dichter an ihn heran und fuhr mit erhöhter Stimme fort: „Sagen Sie ihm, Fräulein Elisabeth Werner sei meine Braut, und ich verböte ihm mit allem Nachdruck, sie während der kurzen Zeit ihres ferneren Pierseins irgendwie zu belästigen! Keine Rücksicht der Welt würde mich abhalten, das nach Gebühr zu bestrafen. Sie werden es mir ansehen, daß ich keine Lust habe, mit ihm oder mit Ihnen zu scherzen!“

Ramsfeld schlug auf den Knopf der neben ihm auf dem Tische stehenden Glocke; aber der Oberinspektor war jetzt zu Ende, und mit einem stolzen Blick verließ er das Zimmer.

„Ich sollte ihn mit den Hundstagen davonjagen lassen,“ kritzelte ihm der Doktor nach. Als im nächsten Augenblick ein Diener eintrat, um sich nach den Befehlen zu erkundigen, war er anderen Sinnes geworden; er winkte ihm, zu gehen, ohne daß er ihm einen Auftrag gegeben hätte.

„Mag er bleiben,“ murmelte er vor sich hin, „als er

in den ersten Stock hinaufging. „Vielleicht läßt er sich noch gebrauchen!“

Oben fand er Curt in großer Aufregung durch sein Zimmer schreitend.

„Es ist gut, daß Du kommst, Ramsfeld!“ rief er ihm entgegen. „Ich kann in diesem verwünschten Hause kaum eine Stunde des Alleinseins aushalten! Ist nun Alles erledigt?“

„Alles! Die Anweisungen auf Deinen Bankier für unsern Freund Nathanson und für meine Wenigkeit sind abgeschickt, und dem Oberinspektor habe ich soeben gekündigt.“

„Vortrefflich! Und er wird bald gehen?“

„Spätestens in acht Tagen!“

„Ausgezeichnet! Ist nur erst der Barsche aus dem Wege, so werde ich mit dem Mädchen schon fertig werden!“

„Borausgesetzt, daß sie nicht mit ihrem Bruder hinter dem Geliebten herzieht!“

Curt blieb erschrocken stehen und das sinnliche Feuer, das eben in seinen eingefunkenen Augen aufgeflammt war, erlosch plötzlich.

„Sollte und Teufel! daran habe ich nicht gedacht! — Aber sie wird es nicht thun!“

„Wer weiß! — Wenn ich recht gehört habe, sprach dieser Dolmsfeld sogar etwas Derartiges! — Du mußt Dich schon auf eine Kündigung des Gärtners gefaßt halten!“

Curt stampfte mit dem Fuße und seine Wangen rötheten sich.

„Habe ich nicht Geld genug, ihn zurück zu halten? Ich werde ihm sein Gehalt verdreifachen, und er müßte doch wahrlich ein Esel sein, wenn er ginge!“

„Unter den armen Teufeln finden sich mitunter solche Esel, die sich die Tugend eines ihnen anvertrauten Wesens nicht so leicht ablaufen lassen. Vielleicht ist es gerade das beste Mittel, ihn schleunigst davon zu jagen, wenn Du ihm ein so wahnwitziges Angebot machst, dessen Absicht er sofort durchschauen muß.“

„Nun, aber was in aller Welt soll ich denn thun?“

„Versuche Dein Heil bei dem Mädchen selbst! Das ist

das Einfachste und wird auch wohl so ziemlich das Sicherste sein!“

„Sie ist nicht von der Art, die sich auf einen einzigen Sturm gewinnen läßt! Damit, daß ich Deinen verwünschten Rath in jener Nacht befolgte, habe ich beinahe Alles auf's Spiel gesetzt, Sie fürchten sich vor mir!“

„Das ist der beste Anfang! Wen die Frauenzimmer fürchten, dem unterliegen sie am leichtesten. Versuch's nur fröhlich noch einmal, wenn Du Dir doch schon das Lärchen nicht aus dem Sinn schlagen kannst.“

„Was würde es mir aber nützen, wenn der Bruder ein Querkopf ist?“

„Aber, sie würde ihn schon herumzutreiben wissen! Und außerdem, Du kannst ja mit ihm reden, kannst ihm vorsichtig einige Ausflüchte machen, ihm ein wenig schmeicheln, ohne so weit zu gehen, daß er die Absicht merken muß. Solche Leute lassen sich zumeist schwer ertausen, aber desto leichter überlisten.“

„Gut! — Ich werde ihn hierher kommen lassen!“

„Weit gefehlt, Freundchen! Er würde sich unterwegs Alles reiflich überlegen, was Du ihm zu sagen haben könntest und was er darauf antworten könnte, daß am Ende nicht viel von Deinem feinen Plan zu erwarten stände. — Nein, Du mußt auf einem Spaziergange zufällig an ihm vorübergehen und ihn fragen, ehe er sich noch von seiner Ueberlassung so recht erholt hat. Anders als in seinem Hause wirst Du auch wohl Dein Schätzchen schwerlich wieder zu Gesicht bekommen!“

„Meinetwegen auch das! Auf irgend eine Weise muß ich doch zum Ziel kommen! — Und ich brauche eine solche Aufregung, wenn ich nicht zusammenklappen soll! — Hast Du sonst noch etwas für mich?“

„Der Notar wird in einer halben Stunde hier sein.“

„Der Notar? — Wo zu?“

„Hast Du ein so kurzes Gedächtniß? Du erinnerst Dich doch wohl, was wir bezüglich Deines Testaments verabredet haben?“

„Zum Teufel, Paul! Das hätte doch wahrhaftig nicht solche Eile gehabt! Heute oder morgen werde ich noch nicht

von Handlungsgehilfen für eine geordnete Krankenversicherung? Der Handlungsgehilfe sei in anderer sozialer Stellung, als ein Arbeiter, heißt es weiter, er sei schwereren Krankheiten weniger ausgesetzt und schließlich stehe ihm ja das Handelsgesetzbuch zur Seite, wo im Krankheitsfalle dem Prinzipal bis zu sechs wöchentlich Krankenversicherung die Verpflichtung der Gehaltszahlung auferlegt ist. Leider hat diese gesetzliche Bestimmung zwei schwere Mängel: der erste ist, dass die Krankheit „unverschuldet“ sein und zweitens steht es dem Prinzipal frei, eine beliebige kürzere Kündigungsfrist zu vereinbaren; in letzterem Falle hat es nach dem Gesetz „dabei sein Bewenden“. Thatsächlich kommt deshalb gerade für denjenigen Theil der Handlungsgehilfen, welche in geschäftlicher Rangstellung und damit in Bezug auf die Höhe des Lohnes am höchsten stehen, jene wohlthätige Bestimmung so gut wie gar nicht in Betracht; der Prinzipal entbehrt sich weiterer Verpflichtungen gegen dieses Proletariat des Schreibetisches durch Festsetzung einer acht-, drei-, sehr oft nur eintägigen Kündigungsfrist. Es heißt wirklich die Sache nicht mit dem Ernste erfassen, wie sie es verdient, wenn man, wie dies in den ablehnenden Motirungen meist deutlich durchklingt, gewissermaßen eine Herabwürdigung des Handelsstandes darin erblicken will, daß dessen Personal wie der „gemeine Arbeiter“ behandelt werden soll. Gesellschaftliche Fiktionen und Standesvorurtheile sind zwar nicht geistreich, aber wenigstens harmlos, so lange sie nicht als Maßstab der im Interesse des öffentlichen Wohles notwendigen Maßregeln praktische Berechtigung in Anspruch nehmen. Es wäre aber wirklich eine ebenso wenig politische als geschäftsmäßige Beurteilung der Dinge, wenn man leugnen wollte, daß heutzutage der Handelsstand in seinen unteren unselbstständigen Klassen oft, sehr oft wirtschaftlich noch erheblich schlechter gestellt ist, als manche Arbeiterkategorien, und daß deshalb in diesem Falle Standespräferenzen hinsichtlich der Durchführung der zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen eingerichteten Anstalten etwas an Bettlerstolz erinnern. Die praktische Probe hat ja eben ergeben, daß die private Energie nicht genügt, um die breiten Massen der pekuniär am wenigsten günstig gestellten Handlungsgehilfen zu einer freiwilligen ausreichenden Krankenversicherung zu organisieren. Es heißt daher sicher nur den Handelsstand heben und fördern, wenn man durch Zwang dieselben davor bewahrt, bei längerer Krankheit dem Elend und der öffentlichen Pflege oder gar, wie so oft in großen Städten, noch Schlimmerem zu verfallen. Die Kosten einer solchen Versicherung würden bei ihrer geringen Größe die Geschäftsbefitzer in keiner Weise belasten, wie wir überhaupt annehmen wollen, daß die ablehnenden Gutachten nicht mit Rücksicht auf diese Kosten erfolgt sind. Bestätigt wird dieses günstige Urtheil über die Wirkungen des Krankenversicherungszwanges noch durch die Erfahrungen der Ortskrankenkasse „Merkur“ für Handlungs- und Apotheker-Gehilfen und Lehrlinge zu Darmstadt. Der Versicherungsbeitrag unterliegt bei dieser Kasse nur Gehilfen mit weniger als 2000 M. Gehalt. Diese Versicherungsbeiträge sind in 3 Klassen eingetheilt, die erste mit 1400—2000 M. Gehalt, die zweite mit 800—1400 M., die dritte, zu der auch alle Lehrlinge gehören, mit weniger als 800 M. Gehalt. Die monatlichen Beiträge belaufen sich: 1. Klasse 2,34 M., 2. Klasse 1,77 M., 3. Klasse 1,17 M., wovon nach dem Gesetz die Versicherten zwei, der Prinzipal ein Drittel zu zahlen hat. Dafür wird für die Dauer der Krankheit, doch nicht über 26 Wochen gewährt: freie ärztliche Behandlung, Heilmittel etc., ferner vom 3. Krankentage ab täglich 2 M. Krankengeld für die 1., 1,50 M. für die 2., und 1 M. für die 3. Klasse, wo nöthig mit nur 20 ct. im städtischen Hospital mit Ration erster Klasse; im Todesfall 80 M. Sterbegeld. Der Kassenvorstand bemerkt dazu: „Die Kasse besteht nahezu 2 Jahre und hat sich namentlich in 2 Jahre bei Mitgliedern der 2. und 3. Klasse ungemein segensbringend bewährt, indem wir für mehrere Mitglieder bis zu 300 und 400 M. aufwenden mußten und bis jetzt noch keine Woche vergangen ist, in der wir nicht mindestens 5—6 Kranke hatten. Trotzdem könnten wir dabei noch ganz gut den Familienangehörigen der verheiratheten Mitglieder freie ärztliche Behandlung und Arznei gewähren, wenn ein diesbezüglicher Antrag in der Generalversammlung nicht durch die unverheiratheten Mitglieder abgelehnt worden wäre.“

Daß sich in Darmstadt die Gehilfen „entwürdigt“ fühlen, davon hat wohl nur das Aeltestenkollegium etwas gehört.

Politische Uebersicht.

Die Erbschaftwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise (für den verstorbenen Ludwig Löwe) ist dem Vernehmen nach am Montag, den 6. Dezember, festgesetzt worden. Die Wahl beginnt nach den gesetzlichen Bestimmungen um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Abends geschlossen. Zum ersten Berliner Reichstagswahlkreise gehören die Stadtbezirke 1—20, 283 und 284.

Wiel ungeheurer noch gestaltet sich das Dreiklassenwahlrecht in der Stadt Essen zu den preussischen Landtagswahlen, als zu den Stadtverordneten-

wahlen. Bei letzteren kann man in Betracht ziehen, daß Herr Krupp in der That der Besizer eines ganzen Dritttheils der Stadt ist. Er hat für dieses Dritttheil die Wege hergestellt, die Wohnungen gebaut, Speisehäuser, Konsumvereine geschaffen, kurzum Krupp hat einen ganzen Stadttheil selbst errichtet. Natürlich hat er das in seinem eigenen Interesse gethan; nicht etwa, wie seine Freunde in die Welt posaunen, aus Liebe zu den Arbeitern. Wenn nun dieser Stadtbesitzer bei den Kommunalwahlen seine Geldsäcke in die Waagschale wirft und damit ein Dritttheil der Stadtverordneten erzielt, so ist das ja selbstverständlich ungerecht und ungeheuerlich, aber noch viel ungeheuerlicher ist es, daß Herr Krupp bei den preussischen Landtagswahlen gleichfalls sämmtliche Wahlmänner der Stadt Essen ernannt. Einige Mal allerdings hat dieses Verhältnis geschwankt, so daß er diese Ehre mit einem oder zwei Mitbürgern theilen mußte, aber oft genug war er der Beherrscher von 2/3 aller Wahlmänner. Persönlich hat Krupp niemals nach der Ehre gegreift, preussischer Landtagsabgeordneter zu werden, aber er braucht sich nur mit einigen leitenden Herren der zweiten Klasse der Wähler zu verständigen, so geht aus der öffentlichen indirekten Wahl immer ein Abgeordneter „von Krupps Gnaden“ hervor. Selbstverständlich ein national-liberaler. Reichstagsabgeordneter wollte Herr Krupp übrigens einmal gern werden, aber er unterlag gegen den Zentrumskandidaten. — Früher hatte in Essen eine Zeit lang auch die Sozialdemokratie größeres Terrain, doch verlor sie dasselbe in den siebenziger Jahren wieder; nun hört man, daß dasselbe nach und nach von der Partei wiedergewonnen wird. Dann wäre von einem Reichstagsfür Herrn Krupp erst recht keine Rede mehr und er müßte sich doch noch, wenn er parlamentarisch auftreten will, mit einem Landtagsmandat oder gar einem Stadtverordnetenmandat begnügen. Zu letzterem kann er ja sich selbst und seine sämmtlichen wahlberechtigten Verwandten ernennen.

Der Marinestat des Deutschen Reiches soll wiederum im nächsten Budgetjahr um ein Erhebliches answellen; ein Extraordinarium von jährlich zehn Millionen auf die Dauer von fünf Jahren ist erforderlich, daß das deutsche Geschwader nicht in die dritte Rangstellung der europäischen Marinen zurückfinke. So lesen wir in konservativen Blättern. Die deutsche Marine hat in der That schon sehr viel dem deutschen Volke gekostet. Sie ist sozusagen ein Schmerzenskind Deutschlands. Großen Nutzen bringt dieselbe nicht. Zum Küstenschutz allerdings ist sie stark genug und der Nordostsee Kanal wird ihre Stärke noch weiter erhöhen; als eine Kriegsmacht auf offener See wird sie niemals stark genug werden, um den Seemächten die Stirn bieten zu können. Dazu fehlt schon das nöthige Menschenmaterial. Deshalb also eine Verstärkung? Um nicht hinter der Marine Russlands und Italiens zurückzubleiben, so lautet die Antwort, um nicht in die dritte Linie zu geraten! Früher träumte man in gewissen Kreisen davon, daß die deutsche Marine der französischen ebenbürtig, vielleicht gar die englische erreichen werde. Dieser Traum ist längst verfliegen. Nun galts wenigstens, der russischen und italienischen Marine gleichzubleiben. Wir fragen vergeblich danach, weshalb gerade dies notwendig ist. Mit den Italienern treffen wir auf dem Meere sicherlich nicht zusammen. Die russische Seemacht aber ist eine gespaltene. Die im Schwarzen Meer stationirte kommt für Deutschland nicht in Betracht und die russische Ostseeflotte allein ist nicht so stark, wie die deutsche Marine. Um aber dies Verhältnis noch günstiger zu gestalten, wird ja der Nord-Ostsee Kanal hauptsächlich gebaut. Erklärt doch ein deutscher Seeoffizier in der Reichstagskommission zur Herstellung des Kanals offen heraus, daß die deutsche Marine nach Herstellung des Kanals der vereinigten dänisch-russischen Flotte in Ost- und Nordsee völlig gewachsen sei. — Die 10 Millionen Mark jährlicher Mehrausgabe für die Marine erscheinen uns demnach gar nicht nöthig zu sein. Doch halt! Wir haben eine nicht genügende Anzahl von Kriegskreuzern — aber wir haben „berliche Kolonien“. Also deshalb wird die Vermehrung der Marine gerade mit solchen Schiffen geplant, welche den Dienst an der ost- und westafrikanischen Küste und bei Guinea verrichten, welche die „Wilden“ in Kasse halten sollen. — Wir Deutschen sind doch recht schlechte Rechenmeister: all das gute Geld und dabei noch zahlreiche Menschenleben für die bösen, feierreichen Kolonien, für den Ehrgeiz Einzelner und den Profit Weniger!

Die subventionirte Dampfschiffahrt macht weder der Regierung noch den Interessenten viel Freude. In einem Artikel der „Damb. Börsen.“ wird sogar behauptet, daß mit den bisherigen Resultaten der Fahrten so ziemlich das Gegenheil von dem erreicht worden sei, was ursprünglich zur Empfehlung der dem Reiche jährlich 4400 000 Mark auferlegenden Regierungsvorlage gesagt sei. Es heißt da: Das erste große Loch erbielt das Projekt schon im Reichstage selbst durch Einführung von Antwerpen als Anlaufhafen. Diese besondere Konzession wurde der Regierung nicht ohne Mühe abgerungen; diese hatte anfänglich die Absicht gehabt, die Unterstützung aus der Reichskasse nur den deutschen Häfen zuzuwenden, um diese in ihrem Kampfe gegen ausländische Häfen zu unterstützen; dagegen aber ethob

XIV.

Was Dr. Ramsfeld vorausgesehen hatte, war wörtlich geschehen: der Obergärtner Nikolaus Werner hatte dem Gutsherrn noch in der Mittagsstunde desselben Tages schriftlich angezeigt, daß er seinen Kontrakt als gelöst betrachte und Brandenstein so bald als möglich zu verlassen wünsche. Der Versuch, ihn zur Zurücknahme seines Beschlusses zu bewegen, durfte also nicht zurückgeschoben werden, und um die vierte Nachmittagsstunde machte sich Curt, wenn auch keineswegs mit ganz leichtem Herzen, nach dem Gärtnerhause auf den Weg. Seit langer Zeit hatte er nicht so schüchtern und zaghaft an dem Griff eines Glodenstranges gezogen, als diesmal, und die Farbe wechselte auf seinem Gesicht, als er drinnen das Näherkommen eines leichten Schrittes und das Raschen eines Frauenkleides vernahm. Im nächsten Augenblick sah er sich dem Gegenstand seiner glühenden Wünsche gegenüber, und so vollständig er sich auch auf die Möglichkeit gefaßt gemacht hatte, so stockend kamen doch bei Elsbeth's Anblick die Worte über seine Lippen.

„Um Verzeihung, mein Fräulein,“ sagte er, — „ich — kam zufällig hier vorüber, und — da ich glaubte — Ihren Bruder anzutreffen —“

Er hielt inne, denn es machte ihn verwirrt, daß das junge Mädchen von purpurner Röthe überglänzte, auf der Schwelle stand, den Thürgriff in der Hand und augenscheinlich nicht gewillt, den unerwarteten Besucher zum Eintreten zu nöthigen.

„Es thut mir leid,“ sagte sie, „mein Bruder, Herr Baron, ist nicht anwesend.“

„So gestatten Sie mir vielleicht, ihn hier zu erwarten. Was ich ihm zu sagen habe, wird unzweifelhaft von Wichtigkeit für ihn sein.“

Elsbeth trat zurück, um den Eingang freizugeben. Sie war allein im Hause; aber ihr Bruder mußte in jedem Augenblick kommen, und sie fürchtete, ihm zu schaden, wenn sie den Gutsherrn unhöflicher behandelte, als sie es mit dem ersten besten Fremden gethan haben würde. So öffnete sie ihm denn die Thür zu Nikolaus' Zimmer, und entschloß sich sogar, ihm bis zur Ankunft des Erwarteten in demselben Gesellschaft zu leisten.

sich ein gewichtiges Sonderinteresse, dasjenige der südwest-deutschen Industrie. Diese verlangte, daß die zukünftigen Subventionsdampfer auch einen ihr bequemer gelegenen Hafen Hollands oder Belgiens anlaufen sollten und vereinigte damit die Erklärung, daß, falls diesem Verlangen nicht stattgegeben werde, die Vertreter Südwest-Deutschlands gegen die ganze Vorlage stimmen und dieselbe damit zu Fall bringen würden. Die Regierung gab dieser Drohung nach, weil sie nicht verkennen konnte, daß die Drohenden wohl im Stande gewesen wären, die ganze Vorlage, wenn sie ihren Wünschen nicht entsprach, zu Falle zu bringen; Antworten wurde als Anlaufhafen angenommen, und so geschah die erste Merkwürdigkeit: die 4400 000 M., welche zur Hebung der deutschen transatlantischen Dampfschiffahrt aus Reichsmitteln hergegeben werden sollten, kamen zu gleichem Theile dem gefährlichsten Rivalen der deutschen Häfen in der Nordsee zu Gute. Nachträglich sind nun — gewissermaßen eine Ironie des Schicksals — die süddeutschen Interessenten mit der Art und Weise, wie sich die Sache in der praktischen Ausführung macht, gar nicht zufrieden und haben kürzlich von Frankfurt aus erklärt, daß sie sich gezwungen fänden, auf die Benutzung der deutschen subventionirten Dampfer zu verzichten und nach wie vor ihre Sendungen über Marseille oder Triest zu expediren. Bald geschah etwas noch viel Merkwürdigeres. Der Norddeutsche Lloyd, dem die Subvention zuertheilt war, hatte an dem Anlaufen Antwerpens noch nicht Genüge; er verlangte von der Reichsregierung die Ermächtigung, auch einen englischen Hafen am Kanal zur Einnahme von Passagieren und Fracht anlaufen zu dürfen, und erhielt sie, unglücklicherweise, wenn man die ursprüngliche Absicht der Regierung in Betracht zieht, auch. Jetzt also bezahlte Deutschland einen sehr erheblichen Betrag aus der Reichskasse, damit Antwerpen und Southampton besonders billige Frachten nach Ostasien und Australien haben und damit den deutschen Häfen noch schärfere Konkurrenz machen können als bisher. Damit ist aber auch die beabsichtigte ganz direkte Verbindung und die daraus hervorgehende besonders schnelle Beförderung in den Brunnen gefallen. Bereits wiederholt ist es vorgekommen, daß die von Hamburg direkt expedirten, nicht subventionirten privaten Dampfer eine raschere Reise nach Hongkong oder Singapur gemacht haben, als die durch Anlaufen von verschiedenen Häfen unterwegs aufgehaltenen subventionirten Dampfer. Wozu dann die Subvention? Zur besonderen Förderung des deutschen Seehandels sollten die Subventionsdampfer einen Hafen von Korea regelmäßig anlaufen, der Norddeutsche Lloyd in Bremen war aber der Ansicht, daß diese Reisen ihm wenigstens fürs Erste mehr kosten wie einbringen würden, und suchte deshalb bei der Reichsregierung um Erhebung von der eingegangenen Verpflichtung nach; dies ist ihm denn auch in Gnaden bewilligt, wenn auch vorläufig nur auf ein Jahr; man weiß ja aber, ein wie langes Leben derartige Provisorien zu haben pflegen. Wie war aber so etwas möglich? Gerade für die Lasten, welche aus der Ausführung der eingegangenen Verpflichtungen der Gesellschaft erwachsen können, ist ja die Subvention bewilligt; diese in unveränderter Höhe fortzuführen, die dagegen ausbedungenen Lasten aber einfach zu streichen, ist eine Art der Ausführung des Subventionierungsgesetzes, an die der Reichstag bei seiner Beschlußfassung über dasselbe kaum gedacht haben wird.

Der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung für Eccelente mit seiner Belastung des Arbeiters mit etwa 30 M. pro Mann der Befugung hat bei den Hamburgern große Opposition hervorgerufen. Der nautische Verein wird schon in den nächsten Tagen den Entwurf in Beratung ziehen und den Widerstand bestimmter formulieren. — Natürlich! Einem Schiffsbefizer jährlich dreißig Mark für einen Arbeiter aufzuerlegen, es ist auch gar zu unerhört.

„Energisches Einschreiten.“ Wir finden in einem konservativen Blatte eine Korrespondenz aus G o t t h a vom 31. Oktober, die folgendermaßen lautet: „Die Polizeiverordneten Meier und Jäger erschienen gestern Nachmittag bei einem hierher bekannten Sozialdemokraten und hielten eine Hausführung ab. Bei dieser Gelegenheit nahmen sie in Beschlag: 14 Hefte der „Neuen Zeit“ (Stuttgart), 1 Band „Das Kapital“ von Marx, 4 Hefte der stenographischen Berichte des Reichstages (Reden von Kaiser und Bebel, sowie die bei Verlängerung des Sozialistengesetzes gehaltenen Reden) und Notizen zu einem Referat über Kapital und Arbeit, worüber W. M. am Montag Abend in einer hier stattgehabten Arbeiterversammlung gesprochen. Da wir in letzter Zeit häufig die Erfahrung gemacht, daß noch ganz junge und unreife Leute sich für die Sozialdemokratie und deren Lehren in Lokalen öffentlich bekennen, so können wir nur das bestimmte und energische Einschreiten unserer Polizei mit Freude begrüßen.“ Die Polizei hat also hier durch ihr „energisches Einschreiten“ einen gar sonderbaren Fang gemacht, nämlich eine Anzahl von „Einschreibern“, von denen nicht eine verboten ist. Auch das „Kapital“ von Marx ist nicht verboten. Die Notizen zu einer schon in öffentlicher Versammlung gehaltenen Rede dürften auch

„Es freut mich, daß ich Sie noch einen Augenblick allein sprechen kann, Fräulein Elsbeth,“ sagte Curt, dem in der neuen Situation der Wuth zu wachsen begann. „Ich habe mir in einem Moment unbeschreiblicher Aufregung Ihnen gegenüber etwas zu Schulden kommen lassen —“

„Bitte, Herr Baron, sprechen wir nicht davon!“ unterbrach ihn erötend das junge Mädchen. „Sie werden begreifen, daß mir die Erinnerung peinlich ist.“

„Aber Sie haben mir versprochen, nicht wahr? — Ich verdiene wirklich in diesem Falle einige Rücksicht und ich werde mich bemühen, meine damalige Aufwallung, die sich durch die darauf folgende Katastrophe ohnehin schwer genug bestraft hat, durch die größte Demuth wieder gut zu machen. Sie denken also nicht weiter an jene abscheuliche Nacht?“

„Ich hatte Sie bereits vergessen, Herr Baron! — Aber ich werde mich nach meinem Bruder umsehen.“

„Nein, nein, bleiben Sie!“ sagte er bittend. „Ihr Bruder hat mir heute zu meinem Erstaunen mitgeteilt, daß er seine Stellung zu verlassen beabsichtigt. Sind Ihnen die Gründe dafür bekannt?“

„Nein! Aber ich denke, sie werden schwerwiegend sein, denn mein Bruder pflegt sehr wohl zu überlegen.“

„Und doch scheint er es in diesem Falle nicht gesehen zu haben; denn ich wüßte wahrlich nicht, was ihm hier zur Unzufriedenheit Veranlassung gegeben haben könnte. Ich weiß, daß er tüchtig in seinem Fach ist, und ich ging zudem gerade mit der Absicht um, ihm einige große Arbeiten zu übertragen. Selbstverständlich würde sich auch sein Gehalt dementsprechend erhöhen haben; es wäre mir wirklich recht fatal, wenn er trotzdem auf seinem unbegreiflichen Entschlusse beharrte.“

„Er wird Ihnen darauf selbst am besten antworten können, Herr Baron! Mir sind, wie gesagt, seine Gründe nicht bekannt.“

„Und doch giebt Ihr Bruder wahrscheinlich nur um Ihre Willen seine Stellung und seine Aussichten auf, mein Fräulein.“

„Um meinetwillen? — Das ist unmöglich!“

„Nun, ich will mich deutlicher erklären! — Zu meinem

nicht gerade sehr gefährlich sein. Die Behörden werden sämtliche Schriften wieder zurückgeben müssen — das ist das Ende von dem bestimmten und energischen Einschreiten der Gothaer Polizei.

Als der verstorbene Dr. Löwe-Kalbe mehr und mehr von seiner oppositionellen Haltung zurückkam und endlich gar ein gern geliebter Tischgast Bismarck's wurde, richtete der Dichter Moritz Hartmann folgendes zürnende Spottgedicht an ihn:

Du hast Dich schlecht gerauscht, mein Präsident! —
Wahr, reiner Meerschweinchen bist Du nie gewesen;
Doch schwammst Du oben auf im Parlament,
Und an Dich glaubten, die Dich auserlesen.
Netzt bist Du alt, zu müd, um Dich zu schlagen,
Berliner Klugheit macht Dich zum Willkürer;
Man muß doch etwas thun in alten Tagen —
— Zum Teufel auch, ich speise beim Minister!

Ihr nehmt Euch trefflich aus, Du und der Zweite!
Unsel'ger, sieh' Dich um, wer speiset mit?
Auch Wagner gehört zu Bismarck's Gästen!
Kannst Du noch schlafen? Guten Appetit!
Er lächelt Kreuz. Daß Du zu Kreuz gekrochen,
Das sagt ihr lächelnd Kreuzzeitungsgeflüster.
Du kommst zu spät, Du kriegst nur noch die Knochen —
— Zum Teufel auch, ich speise beim Minister!

Du bist der Hund der Fabel: erst vertheidigt,
Dann mit den andern von den Knochen kriegt er;
Dich hat wie ihn der lange Kampf geschmeidigt —
— Zum Teufel auch, ich speise beim Minister!

Löwe's Bruch mit der Fortschrittspartei erfolgte im Jahre 1874 bei der Abstimmung über das erste Septennat; er trat mit etwa ein Duzend Genossen aus der Fraktion aus und bildete mit denselben eine besondere Gruppe, die sich aber nicht behauptete. Während Berger, der hervorragendste Abgeordnete derselben, sich die Freiheit des Handels bewahrte und in politischen Fragen seiner Vergangenheit treu blieb, verlegnete Löwe dieselbe mehr und mehr und zog nur die Konsequenzen seiner Wandlungen, als er endlich den verheißungsvollen Nationalliberalen beitrug. So streng man immer den Politiker deswegen beurtheilen mag, eine andere Wandlung war einen ungleich tieferen Schatten auf seinen Namen. Ueberzeugter Freihändler, eifrigster Agitator gegen das System der indirekten Steuern, schlug er im Jahre 1879 plötzlich in das andere Extrem um und stimmte für den Zolltarif und die neuen Verbrauchssteuern. Nicht bloß in den Koulouis des Reichstags raunte man sich ins Ohr, sondern verkündete es laut von der Tribüne: hier hat das Amt die Meinung bestimmt, die hochbedeute Stelle eines Verwaltungsrathes der Diskontogesellschaft, die Löwe unmittelbar vorher erhalten hatte, denn jene Gesellschaft, welche die „Dortmunder Union“ besaß, war bei dem Zolltarif hervortretend interessiert. Da waren es also nicht bloß „die Knochen“ gewesen, die dem Abgeordneten für Bochum zugefallen waren. Seitdem war er politisch und parlamentarisch ein todtter Mann; wie er auch den „Druffton der Ueberzeugung“, auf den er sich meißterhaft verstand, anschlagen mochte, der Glaube an ihn war dahin und wie eine Remise mag es gelten, daß der alte, auch körperlich gebrochene Mann, bei den „Heidelberger Kandidatensuchen“ Unterschlupf suchen mußte. Keine Entrüstung gab sich kund, als der alte Achtundvierziger im Dezember 1883 gegen den Antrag Stern auf Einführung der geheimen Abstimmung bei den Landtags- und Kommunalwahlen, als er im Februar 1885 für die „Position Schweninger“ stimmte; man suchte fast mitleidig die Achseln über den unseligen Mann, mit dem es so weit gekommen war.

Eine Erklärung des Abgeordneten Bollmar. Im Hinblick auf Andeutungen liberaler Zeitungen, daß die Wähler Sozialdemokraten geneigt wären, bei den Landtagswahlen ein Kompromiß mit den Liberalen einzugehen, erklärt Reichstagsabgeordneter von Bollmar in den „Neuesten Nachrichten“, daß sich die Sozialdemokraten an den Wahlen nur als selbstständige, von allen anderen Parteien getrennt handelnde Partei betheiligen werden.

Von Herrn Jens Christensen erhalten wir folgende Zuschrift: Plauen i. V., Strafgefängniß, den 1. November 1886. Gegenwärtig läuft, wie mir verschiedene Zusendungen beweisen, eine Kollis durch die Wälder, nach welcher ich eventuell beabsichtigen soll, mir ein „sicheres Asyl“ in der Schweiz zu suchen. Ich bitte Sie freundlichst, dem gegenüber erklären zu wollen, daß ich nicht daran denke, meinen Feinden diese Freude zu bereiten. Solange als irgend wie möglich, bleibe ich in Deutschland; und sollte es mir einmal nicht mehr möglich sein, dann gehe ich nicht in ein „sicheres Asyl“, sondern auf einen neuen Kampfplatz. Jens Christensen. — Uebrigens haben neue Maßregelungen gegen Christensen bereits begonnen. Am 2. d. M. ist ihm nämlich die erste Ausweisungsbefehl zugestellt worden, die auf Grund des § 22 des Sozialistengesetzes gegen ihn erlassen ist.

Bedenken bin ich genöthigt gewesen, auf die fernere Mitarbeiterschaft Ihres Verlobten, des Herrn Holmsfeld, zu verzichten, da ich das Gut in völlig veränderter Weise zu bewirtschaften gedenke. Nun liegt es allerdings sehr nahe, daß Sie auch fernerhin in seiner Nähe zu bleiben wünschen.

„Sie befinden sich im Irrthum, Herr Baron.“ unterbrach ihn da Elisabeth rasch, während sich die Gluth auf ihren Wangen noch tiefer färbte. „Eine derartige Absicht ist niemals gehegt worden und kann für meinen Bruder sicherlich nicht maßgebend gewesen sein. So viel ich weiß, werden wir uns in die Hauptstadt begeben.“

„Und Herr Holmsfeld wird Sie nicht begleiten?“

„Nein!“

„Dann kann es nur eine einzige Möglichkeit geben, nämlich die, daß Ihr Bruder oder auch vielleicht Verlobter von meiner Nähe etwas für Sie befürchtet.“

„O, Herr Baron!“

„Nun eine solche Befürchtung würde vielleicht unter anderen Verhältnissen nicht ohne eine gewisse Berechtigung gewesen sein! — Sie müssen es ja längst errathen haben, wie warm und tief meine Verehrung für Sie ist, Fräulein Elisabeth.“

„Gestatten Sie mir jetzt, daß ich mich nach meinem Bruder umsehe, Herr Baron!“

„Nein, nein! — Nur wenige Augenblicke noch müssen Sie mich geduldig anhören! — Was haben Sie denn von mir zu befürchten? — Grabe um Sie zu beruhigen, bin ich ja hierher gekommen! — Ich weiß wohl, wie wenig ich von Ihnen zu hoffen habe, und ich habe mich von vornherein daran gewöhnen müssen, Sie an der Seite eines Anderen, Glücklichen zu sehen. Darum bin ich weit davon entfernt, Ihnen ein Hinderniß in den Weg legen zu wollen! Ich werde mich im Gegentheil sogar bemühen, Ihnen in jeder Hinsicht nützlich zu sein. Ich werde Herrn Holmsfeld bei irgend einem meiner Bekannten eine angenehme Stellung verschaffen, werde ihn nach Möglichkeit unterstützen, und will auch Ihrem Bruder, wie ich schon sagte, für sein Fortkommen nach Möglichkeit förderlich sein.“

Das in mehrfacher Hinsicht interessante Schriftstück hat folgenden Wortlaut: An den Schriftsteller Jens V. Christensen, zur Zeit in der hiesigen Frohnstube inhaftirt. — Seitens der königlichen Kreishauptmannschaft zu Zwidaau als Landespolizeibehörde ist mit Rücksicht darauf, daß Sie vom hiesigen königlichen Landgericht wegen Vergehens gegen § 19 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 zu drei Monaten Gefängniß rechtskräftig verurtheilt worden sind und auch wider Sie gemäß § 22 des angezogenen Gesetzes auf Zulässigkeit der Einschränkung des Aufenthalts erkannt worden, ist auf Grund von § 22 Abs. 2 des hiesigen Gesetzes beschlossen worden, Ihnen den Aufenthalt im Regierungsbezirk Zwidaau zu versagen. Sie werden erhaltenem Auftrage zufolge hiernüt von diesem Beschlusse in Kenntniß gesetzt und gleichzeitig aufgefordert, binnen 48 Stunden nach Ihrer am 15. Dezember er. erfolgenden Entlassung den Regierungsbezirk Zwidaau zu verlassen und nicht wieder dorthin zurückzukehren. (Folgt Strafandrohung für den Fall der unerlaubten Rückkehr.) Plauen, 1. November 1886. Der Stadtrath. gez. Schurig, Stadtrath.

Nochmals die Grimmitschauer Freidenkergemeinde. Die „Leipz. Ztg.“ das sächsische Regierungsblatt, erfährt aus Grimmitschau: In einer im Juli d. J. abgehaltenen Versammlung von Anhängern einer freien religiösen Anschauung wurde die Gründung einer Freidenkergemeinde beschlossen. Die Seele dieser zu gründenden Gemeinde bildete der später aus hiesiger Stadt und dem Königreich Sachsen ausgewiesene sozialdemokratische Agitator Stuhlarbeiter Anton Behr aus Böhmen, und da somit von dieser Freidenkergemeinde anzunehmen war, daß sie sozialistischen Zwecken dienen würde, so verbot der hiesige Stadtrath den neuen Verein. Wie Behr gegen seine Ausweisung, so erhoben auch die Gründer der Freidenkergemeinde gegen den stadtrathlichen Beschluß Rekurs bei der Kreishauptmannschaft und, als dieser verworfen wurde, bei dem Ministerium des Innern. Doch auch hiernüt hatten die Herren Sozialisten keinen Erfolg, denn in diesen Tagen hat das Ministerium des Innern das Verbot des hiesigen Stadtraths einfach bestätigt, und damit ist die Gründung einer Freidenkergemeinde für unsern Ort ein frommer Wunsch geblieben. — Man muß vor dem „freien Denken“ doch rechte Furcht in Sachsen haben.

Hausfuchung. Velden, 2. November. Hier fand nach der „Rost. Ztg.“ in den letzten Tagen bei dem Töpfer Wartig eine mehrstündige Hausfuchung statt. Man fand vier Exemplare der Nr. 41 des Züricher „Sozialdemokrat“, einen Pack Bons „Für die Familien der Ausgewiesenen“ und einige Rechnungsbelege. An der Hausfuchung theilnahmen der Amtsvorsteher, der Friedensrichter, der Gendarm und ein Gemeindediener. Velden, das 1884 eine einzige Stimme auf den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten vereinigte, ist jetzt zu einem großen Theil sozialistisch. Der vorjährige Töpferstreik macht viel von sich sprechen. Organisiert wurde die Veltener Sozialdemokratie von Berlin aus, namentlich war es Herr Göckel, der Vereine u. s. w. ins Leben rief.

Die bekannte Frankfurter Friedhofsaffäre wird dieser Tage ein Nachspiel vor dem Zivilgericht haben. Da Kommissar Meyer sich nämlich weigert, die von mehreren bei der Affäre Verletzten geforderte Entschädigung für Arbeitsverlust infolge der Mishandlung, zerrissene Kleider u. dgl. zu zahlen, so ist er deshalb bei Gericht verklagt worden. Ein erster Termin steht auf den 10. November an.

Die Biersteuererhöhung, welche der Magistrat von Nordhausen den Stadtverordneten gemacht hat, ist verständigerweise mit 30 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Dies ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, weil in vielen anderen Städten und Orten gerade in letzter Zeit durch Bierbesteuerung der Verfallung des Volkes Vorhieb geleistet worden ist. Vor allen Dingen aber sollten die Leute, welche dem Volke das Bier vertheuern, den Mund halten, wenn von den verderblichen Folgen des Schnapsgenusses die Rede ist. — Die Nordhäuser Stadtverordneten haben dies sicherlich auch bei ihrem Beschlusse gefühlt.

Oesterreich-Ungarn.

Auf Grund der Verordnung des Gesamt-Ministeriums vom 30. Januar 1884 wurden im vorigen Monate von der Wiener Polizeidirektion wegen Gefährlichkeit für die öffentliche Ordnung der Maurergehilfe Wenzel Kocourek, auch Kozorek sich nennend, zu Chramost, Bezirk Selcan in Böhmen, gebürtig, 33 Jahre alt, und der Schuhmachergehilfe Matias Raba, zu Wirtsdorf, Bezirk Strakonitz in Böhmen, gebürtig, 28 Jahre alt, Beide als Anhänger der Anarchistenpartei aus dem Geltungsgebiete der oben zitierten Ministerial-Verordnung „abgeschoben.“

Schweiz.

Zum deutschen Handelsvertrag mit der Schweiz führt die „Aöln. Ztg.“ in einem Leitartikel aus, daß die in Berlin begonnenen Verhandlungen wenig aussichtsvoll sind, denn Deutschland müsse in erster Linie Rücksicht nehmen auf Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, ja selbst auf Rußland. Die Möglichkeit, mit Rußland in ein

Wäre es da wirklich zu viel verlangt, wenn ich Sie bäte, ihn zum Hierbleiben zu veranlassen?

„Aber dazu würde mein Einfluß auf ihn nicht ausreichen! Und ich glaube auch nicht, daß er sich entschließen hier zu bleiben ohne mich.“

„Aber davon darf ja natürlich nicht die Rede sein! — Sie müssen den Gedanken, fortzugehen, ebenfalls aufgeben!“ Mit seiner Verstellungskunst war es zu Ende, und der flammende Blick, welcher die letzten Worte beileitet hatte, entfernte Elisabeth's Zweifel über die wahren Beweggründe seines Handelns.

„Das ist unmöglich!“ sagte sie kalt. „Ich gehe unter allen Umständen.“

„Und warum wollen Sie das thun?“ fuhr er auf.

„Sagen Sie es doch offen heraus! Weil Sie sich vor mir fürchten! — Weil ich zu ehrlich gewesen bin, um meine Liebe vor Ihnen zu verbergen, und weil Sie nicht glauben können, daß die Liebe eines Mannes in meinem Alter und in meiner Lebensstellung auch eine edle und uneigennütige sein kann? — Sie antworten nicht? — Sie können mir nicht widersprechen! — Oder,“ fuhr er mit leiserer Stimme und näher auf sie zutretend, „fort,“ „oder sollte mich die Ahnung nicht täuschen, die sich immer und immer wieder in mir regen will? — Wollen Sie nicht nur von mir, sondern auch vor sich selber fliehen? — Wollen Sie gehen, weil Sie im Grunde Ihres Herzens doch etwas für mich empfinden?“

„Herr Baron!“

„Weil Ihnen Ihr Gefühl sagt, daß Sie es lernen würden, mich zu lieben? — O, Elisabeth,“ — und er ergriff ihre beiden Hände, als sie den Versuch machte, die Thür zu gewinnen, — können Sie es denn nicht einsehen, daß Sie zu gut für diesen einfachen Menschen sind, daß Sie nicht glücklich werden können an seiner Seite? — Alles, was ich besitze, soll Ihnen gehören, wenn —“

„Lassen Sie mich! — Oder bei Gott, ich rufe um Hilfe.“

„Du wirst es nicht thun, Elisabeth, denn Du kannst nicht im Stande sein, mich zu verstoßen! — Siehst Du denn nicht, daß mich die Liebe zu Dir dem Wahnsinn nahe

Vertragsverhältniß zu treten, nötige dem Deutschen Reich eine außerordentliche Vorsicht auf. Vor den Verhandlungen mit Rußland werde Deutschland gerade einen Tauschgegenstand nicht leicht aus der Hand geben können, auf den die Schweiz es ebenfalls abgesehen hat, nämlich die Viehzölle. Das Weistbegünstigungsverhältniß nötige Deutschland, alle Zugeständnisse an die Schweiz auch den anderen Staaten ohne Weiteres zu gewähren. Im Uebrigen sucht der Artikel den Schweizern vorzustellen, daß der Rückgang ihrer Uhrenindustrie und ihrer Käseerei, sowie ihrer Viehexport nicht in den deutschen Zollverhältnissen seinen Grund habe. Letzteres ist theilweise richtig, aber nicht minder richtig ist es, daß die Erhöhung der Uhrenzölle, der Käsezölle und der Viehzölle durch die deutschen Zolltarife auf den Absatz der Schweiz nach Deutschland nachtheilig eingewirkt hat. Am wenigsten beweist dagegen etwas die starke Uhreinfuhr, welche aus der Schweiz nach Deutschland unmittelbar vor dem Inkrafttreten der neuen Uhrenzölle im ersten halben Jahre 1885 erfolgt ist.

Der deutsche Arbeiterverein in Genf hat die Frage der internationalen Organisation der Arbeiterpartei beraten und ist dabei zu folgenden Beschlüssen gekommen: die Bescheidung des von den englischen Arbeitern geplanten internationalen Arbeiterkongresses von Seite der deutschen Sozialdemokratie ist zu empfehlen.

Belgien.

Am Tage der feierlichen Kammereröffnung beabsichtigen die Arbeiter eine große Demonstration vor der Kammer; 500 Arbeiterinnen werden an diesem Tage dem Kammerpräsidenten eine Petition um Amnestie überreichen. Die Königin schlug das Gesuch ab, Damen aus Charleroi in Angelegenheit der Amnestie eine Audienz zu gewähren. Die Regierung trifft umfassende Maßregeln, um am Tage der Kammereröffnung die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Großbritannien.

Daß die Schutzollbewegung in England durchaus nicht schwach ist, ergibt folgender Fall. In der Vierteljahrsitzung der Handelskammer von Manchester unterbreiteten die Schutzollner der Kammer folgenden Beschluß: „Nachdem mehr als 40 Jahre vergeblich darauf gewartet worden ist, daß andere Nationen dem Beispiele Englands folgen und den Freihandel einführen würden, glaubt diese Kammer, daß jetzt die Zeit erschienen sei, Englands Stellung nochmals zu erwägen.“ Nach langer Erörterung wurde der Beschluß mit nur 22 gegen 21 Stimmen verworfen.

Der radikale Labouchere schlägt folgendes Programm für den fortgeschrittenen Liberalismus vor: Homerule für Irland, ferner eine Veränderung des Agrarrechts, welche den Urbesitzern das Enteignungsrecht von Grundstücken zur Sekundarmachung der arbeitenden Bevölkerung gewährt; Abschaffung der bestehenden Jagdgesetze (welche dem Großgrundbesitzer das Jagdrecht über alle Pachtungen vorbehalten); Entlastung der anglikanischen Kirche und Verwendung des bedeutenden Vermögens derselben nach Absingung der gegenwärtigen Pfändenshader zu Unterrichtszwecken; Beseitigung der erblichen Pairchaft aus der Gesetzgebung; örtliche Selbstverwaltung, beruhend auf dem gleichen Recht jedes Gemeindefteuerzahlers zur Theilnahme an den Wahlen, Sparfamkeit in der Verwaltung, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Nichteinmischung in kontinentale Streitigkeiten, Zurückziehung der englischen Truppen aus Egypten.

Am 1. November fanden in ganz England, mit Ausnahme von London, die jährlichen Gemeinderathswahlen statt, die zuweilen die jeweilige politische Strömung erkennen lassen. Diesmal hatten sie nur in wenigen Fällen politische Bedeutung; wo indeß politische Einflüsse zur Geltung gelangten, erhielten meistens die Konservativen das Uebergewicht. Am erfolgreichsten waren diese in Liverpool, wo ihnen fünf Sitze zuwelen; in Huddersfield, wo sie ebenfalls fünf Sitze gewannen; ferner in Exeter, Blackpool, Birmingham, Bolton u. s. w. Die Liberalen errangen Erfolge in Wakefield, York, Accrington, Dudley, Leeds, Sheffield und vielen anderen Orten.

Balkanländer.

Wie ein Privattelegramm der „Rost. Ztg.“ aus Wien meldet, haben sich sämtliche Botschafter der verschiedenen Generalkonsulate in Sofia, mit Ausnahme des russischen, nach Tirnowa begeben. Ueber die Absichten der Sobranje erfährt man, daß sie an den Fürsten Alexander eine Dankadresse richten wird, worin zugleich das tiefste Bedauern über die Wendung, welche die Ereignisse genommen, ausgesprochen wird. An seine Wiederwahl denkt die Sobranje jedoch nicht, wird vielmehr nach schleuniger Beendigung der Wahlprüfungen einen anderen Fürsten wählen. Diesmal wird der Name des Prinzen Waldemar von Dänemark genannt. Ein zweites Telegramm berichtet aus Belgrad, daß die Türkei noch immer mehr Truppen an die bulgarische Grenze sendet. Die Nachricht ist durchaus nicht beruhigend. Sollte sich die Porte zum Exultor der russischen Wünsche hergeben wollen, so genüge die schon seit drei Wochen um Adrianopel zusammengedragene Armee vollständig. Eine solche

bringt, daß ich zu Grunde gehen muß, wenn Du mich nicht erhörst? Da liege ich vor Dir auf den Knien und ich flehe Dich an —“

Er kam nicht weiter; denn als Elisabeth sah, daß es unmöglich war, ihre Hände aus seiner krampfhaften Umschlingung zu ziehen, stieß sie einen lauten Schrei aus, und saß in demselben Augenblick wurde die Thür des Zimmers von draußen aufgerissen; eine kräftige Faust packte den entsezt emporgehobenen Curt an der Brust und schleuderte ihn mit gewaltigem Stöße bis an die gegenüberliegende Wand zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Ans Kunst und Leben.

Die freiwillig Hungerleidenden. Die Italiener Succi, der dreißig Tage, und Merlatti, der sogar vierzig Tag aushält, ohne Nahrung zu sich zu nehmen, befinden sich derzeit in Paris. Das „Hotel du Louvre“ hat Merlatti eine elegante Wohnung angeboten, die er gestern mit seinen Wächtern bezog. Am fünften Tage seines freiwilligen Fastens war er lustig und guter Dinge; nur schien der Wohnungswechsel oder, wie er behauptete, die Veränderung des Trinkwassers ihn etwas aufgeregt zu haben. Andererseits ist seinem Konkurrenten Succi von seinem Hausbesitzer die Wohnung gekündigt worden, weil, wie er meinte, die zahlreichen Besucher die Treppe beschädigten.

Der höchste Thurm. Die amerikanische Stadt Philadelphia hat den Ehrgeiz, den höchsten Thurm der Welt besitzend zu wolen. Das dort im Bau begriffene großartige und splendid ausgestattete Stadthaus soll einen Thurm erhalten, welcher über alle Bauwerke der Erde hinausragt. Seine Höhe ist auf 537 Fuß festgesetzt, er wird also noch 27 Fuß höher als der Kölner Dom, und somit bis zur Feststellung des für Paris geplanten 1000 Fuß hohen Beleuchtungsthurmes in der That das höchste Bauwerk der Welt. Die Spitze des Thurmes wird die 36 Fuß hohe Bronzestatue William Penn's, des Gründers der Stadt, zieren. Das neue Stadthaus, zu welchem 1872 der Grundstein gelegt worden ist, und welches in nicht zu ferner Zeit vollendet sein wird, kostet übrigens der Stadt die Riesensumme von 20 Millionen Dollars.

Politik widerspricht aber so vollständig den bisherigen Gesinnungen der türkischen Staatsmänner, daß man den Einmarsch in Bulgarien sehen muß, um daran zu glauben. Die „Times“ bestätigt, daß Kaulbars mit dem Bombardement von Banaß gedroht hat. Er hat allen drei Regimentsmitgliedern angezeigt, daß, sobald einer Ausschüßung von Truppen Widerstand entgegengezeigt werde, die Stadt bombardirt werde. Als Karamelow ihn fragte, wie viele Mannschaften wahrscheinlich gelandet würden, antwortete er: „So viel wie dem Harn gefällt.“ — Die Unterwerfung der Regierung unter den Willen Russlands in der Freilassungsfrage hat in der Armee einen schlechten Eindruck gemacht; man sieht darin die Ankündigung des Rücktritts der Regentenschaft. Von den Deputirten hatten sich 450 eingefunden, davon waren nur 78 Jantowisten.

Asien.

Der alte Erbfeind der Engländer: den Gegner zu unterschätzen, rächt sich auch in dem ehemaligen Königreiche Birma, das jüngst erst annektrirt und den englischen Besitzungen in Indien zugefügt wurde, in sehr empfindlicher Weise. Dem „Neuterchen Bureau“ wird aus Mangoon gemeldet, daß die Stadt Minhla am Iravaddi in der vergangenen Nacht von etwa 900 Aufständischen angegriffen und vollständig zerstört worden sei.

Afrika.

Der englische Staatssekretär der Kolonien, Lord Stanhope, empfing am Mittwoch eine Deputation, welche um die Annexion von Zululand bat. Lord Stanhope erwiderte der Deputation, es sei zwischen dem Gouverneur Havelock von Natal und den Boers eine Vereinbarung getroffen worden, wonach England über den östlichen Theil von Zululand, welcher den Boers vorbehalten bleibt, die Schutzherrschaft übernehmen und die neue Völcerepublik den westlichen Theil von Zululand behalten werde.

In Folge von Instruktionen der Pforte hat der türkische Botschafter in London, Rustem Pascha, seine Vorstellungen bei dem Staatssekretär des Auswärtigen, Jddeslegh, bezüglich Egyptens eingestellt und wird den Gegenstand nicht weiter erwählen.

Amerika.

Trotz der vorausgegangenen außerordentlich lebhaften Wahlbewegung ist, wenn die heute vorliegenden Zahlen richtig sind, die Theilnahme an der Wahl des Bürgermeisters von New-York diesmal geringer gewesen als vor zwei Jahren. Dies erklärt sich daraus, daß am 4. November 1884 diese Wahl gleichzeitig mit der Präsidentenwahl stattfand, zu welcher erhebungsmäßig in den Vereinigten Staaten der Zwang zu den Wahlurnen am stärksten ist. Hewitt, der Kandidat der demokratischen Partei, hat vorgestern 90 296, der Arbeiterkandidat George 67 699 und Roosevelt, der republikanische Kandidat, 60 392 Stimmen erhalten. Einige Tausend Stimmen werden sich zerstückelt haben. Somit haben sich insgesamt 218 387 Stimmen auf die drei Hauptkandidaten vereinigt, oder um 7678 weniger als vor zwei Jahren. Der republikanische Kandidat hat vorgestern über 16 000 Stimmen mehr erhalten als 1884.

Bei den Staatswahlen, die am demselben Tage in 35 Staaten der Union stattgefunden haben, siegen die Republikaner in Nevada, Massachusetts, Wisconsin, Pennsylvania, Illinois, Iowa, Michigan, Kansas und Ohio, während die Demokraten in Arkansas, Alabama, Florida, Georgia, Mississippi, Kentucky, Missouri, Maryland, Tennessee, Nord- und Südkarolina und Texas die Oberhand haben. In New-York war die Wahl sehr schwach; wahrscheinlich ist dieselbe zu Gunsten der Demokraten ausgefallen. Connecticut und New-Hampshire erwählten republikanische Legislatoren; die Gouverneurswahlen blieben jedoch erfolglos, da in beiden Staaten drei Kandidaten waren, von denen keiner die notwendige Stimmenzahl erhielt. In Kalifornien und Indiana scheint der Sieg den Republikanern gewiss zu sein. In Chicago und Milwaukee, wo das Arbeiterelement stark vertreten ist, sind Arbeiter-Kandidaten erwählt worden. Das Gesamtergebnis der Wahlen scheint sich so zu stellen, daß die demokratische Majorität im Kongress sehr verringert ist.

Chicago, 1. November. 6000 Rindschlächter, in Diensten der Firmen Swift und Nelson Morris, begannen heute einen Streik gegen den zehnstündigen Arbeitstag.

Australien.

Die mit der neuesten Post eingetroffenen australischen Zeitungen enthalten lange Berichte über die trostlosen Aussichten in den Goldfeldern von Kimberley. Gold wird dort nur in sehr unbedeutenden Quantitäten gefunden und die Goldgräber lehnen dem Felde schwer enttäuscht den Rücken, nachdem sie ihr ganzes mitgebrachtes Barvermögen und alle ihre Habe zugelegt. Dabei grassiren in den Goldfeldern allerlei Krankheiten. Der Korrespondent des „Sydney Morning Herald“, der am 16. Juli in W'bbe's Creek, dem Hauptlager in den Goldfeldern von Kimberley ankam, berichtet seinem Blatte folgend: „Die Goldfelder haben sich als ein riesiges Fiasso erwiesen. Es giebt in dem Lande nicht hinreichenden Alluvialboden, um 100 Mann Rationen zu geben.“

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die amerikanischen Arbeiter haben zwei große Erfolge zu verzeichnen. In Chicago und Milwaukee haben bei den Staatswahlen ihre Kandidaten den Sieg errungen. (Vergl. Amerika.)

Oesterreich hat jetzt 15 Gewerbe-Inspektoren, und zwar folgende: M. Kulla (Wien), F. Muhl (Wiener-Neustadt), Regierungsrath A. Saronn (Linz), Dr. V. Bogatschnigg (Graz), kaiserlicher Rath C. Leonhardt (Magenfurt), D. Pollen (Graz), E. Kziba (Innsbruck), W. Weber (Brag), J. Malek (Reichenberg), A. Luda (Wissen), E. Fenezeil (Budweis), J. Czernony (Prümm), F. Klein (Dimitz), A. Menzel (Troppau), A. Noworath (Lemberg). Zentralinspektor ist bekanntlich Hofrath Dr. Nigels.

Arbeitszeit in Belgien. In der letzten Sitzung des Ausschusses zur Prüfung der belgischen Arbeiterfrage wurde folgendes Ergebnis über die Arbeitszeit im Jahre 1880 vorgebracht: in der belgischen Industrie, mit Ausnahme der Bergwerke, waren Erwachsene täglich beschäftigt: weniger als 8 Stunden 2729, 8 Stunden 4212, 9 Stunden 3467, 10 Stunden 106 098, 11 Stunden 41 852, 12 Stunden 117 562 und mehr als 12 Stunden 13 931. Nahezu die Hälfte aller Arbeiter arbeitet also 12 Stunden und mehr. Lehnt die „Nord. Allgem. Ztg.“ auch unter solchen Umständen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit ab? Und wie wäre es, wenn wir in Deutschland einmal eine ähnliche Enquete veranstalteten?

Für eingehendere Statistiken über das Arbeiterleben, als sie die dürftigen, nur Bruchstücke liefernden, Fabrikinspektorenberichte bieten, tritt die „Fr. Ztg.“ ein. Sie schreibt: „Eine soziale Statistik der Arbeiter ist mindestens ebenso wichtig, als eine Statistik des Handelsverkehrs, d. h. des Tauschs der von diesen Arbeitern erzeugten Produkte. Einem solchen Detailstudium der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen kann sich nur der widersetzen, welcher von demselben böse Enthüllungen von Noth und Elend befürchtet und deshalb über gewisse dunkle Seiten des modernen Lebens am liebsten den Schleier des Nichtwissens und Nichtwissenwollens gebreitet sehen möchte. Wer die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen wirklich zu kennen will, kann die

Forderung nicht abschlagen, die Lage in allen Beziehungen eingehendst klar gelegt zu sehen. Es wirft auf unsere offizielle „Sozialpolitik“ ein eigentümliches Licht, daß sie, anstatt solchem Verlangen mit offenen Armen entgegenzukommen, die Zahl der zu dieser Arbeit notwendigen Organe zu vermehren, sich weigert, und selbst die wenigen Mittheilungen der jetzigen Berichte nur noch flüchtig veröffentlicht will. Sollte man denn doch in jenen Kreisen zu schlimme Ueberrassungen von der nackten Wahrheit fürchten, sollte man wohl ahnen, daß dadurch gar manche Forderungen der Arbeiter in Bezug auf ihre Lohnverhältnisse in ganz anderem Lichte erscheinen würden, als heute, wo man dieselbe in süßem Nichtwissenwollen von vornherein als indiskutabel von der Hand weist? Sollte man auch befürchten, daß dabei zu grelle Streiflichter fielen auf die wirtschaftlichen Rückwirkungen einer nervösen Politik gemaltamer Bolleexperimente in die Lebensbedingungen derjenigen Klassen, deren „Schutz“ man beständig im Munde führt? Wenn man sich in diesen Punkten sicher fühlte, so läge gewiß kein Grund vor, der Klarlegung der sozialen Verhältnisse in der gewünschten Weise aus dem Weg zu geben. Liehen wir aber aus dem vorliegenden unvollkommenen Material die Summe, so müssen wir sagen: die Folgen einer auf die Dauer unhaltbaren Produktionsweise verheeren dem modernen Individualismus einen unablässig zwischen spekulativer Gründerperiode und schwerer Krise hin- und hertaumelnden Charakter. Und dessen Rückwirkung auf den Arbeiter? Entweder aufreißende Ueberanstrengung bei unbeschränkter Arbeitsdauer in den „guten“ Zeiten, oder Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne in den Krisen. Aus diesem Dilemma wird ohne durchgreifende Veränderungen der Produktionsweise in einer späteren Zukunft nicht herauszukommen sein; aber diese unheilvollen Schwankungen können und müssen wenigstens vorläufig in ihrer Größe etwas weniger einschneidend gemacht werden durch entsprechende gesetzliche Schranken: eine obere Schranke der Arbeitsdauer, den Maximalarbeitsstag, und eine untere Schranke des Arbeitsverdienstes, den Minimallohn.“

Die Krankheiten des Eisenbahnpersonals. Die zahlreichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit haben wieder die Nothwendigkeit einer eingehenden Erkrankungsstatistik des Eisenbahnpersonals im Deutschen Reich erkennen lassen. Auf der letzten Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte (in der Sektion für Ohrenheilkunde) wurde hervorgehoben, daß bei der Häufigkeit des Vorkommens von Ohrenaffektionen und der Wichtigkeit der akustischen Signale für den Eisenbahndienst die Annahme gewiß gerechtfertigt sei, daß eine Reihe von Bahnunfällen nicht durch Nachlässigkeit, sondern durch mangelhaftes Gehör des Beamtenpersonals verursacht werden. Dr. Lichtenberg-Budapest hat 250 Eisenbahndienstleute auf das Verhalten ihrer Gehörorgane untersucht und darunter bei 92, also 36,8 pCt. Ohrenkrankungen gefunden. Leider fehlt es aber noch immer an einer vollständigen Erkrankungsstatistik des Eisenbahnpersonals im Deutschen Reich. Bereits im Jahre 1877 fand im Reichsgesundheitsamt unter Theilnahme von Delegirten des Reichseisenbahnamtes und des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen eine Konferenz von Eisenbahnärzten und Verwaltungsdelegirten der Berliner Eisenbahndirektion statt, um einheitliche Grundzüge für eine rationelle Erhebung über die Erkrankungsverhältnisse der Eisenbahnbeamten festzustellen. Alsdann erklärten sich 34 deutsche Bahnverwaltungen bereit, die zur Herstellung der Erkrankungsstatistik erforderlichen Erhebungen zu veranstalten und bereits für das Jahr 1879 das Material an Hälftblättern dem Reichsgesundheitsamte, welches sich zur Bearbeitung der Statistik erboten hatte, einzuliefern. Durch Schreiben vom 30. Oktober 1880 erklärte sich aber das Reichsgesundheitsamt wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften außer Stande, die schon begonnene Bearbeitung des Materials fortzusetzen. Dies veranlaßte den Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, sich der Sache anzunehmen und die Arbeit dem Dr. F. Peterfen (Berlin) zu übertragen. Eine vollständige Erkrankungsstatistik giebt es aber noch immer nicht.

Aus dem Verwaltungsbericht des bergischen Gruben- und Hüttenvereins geben wir folgende Daten: „Die Jahresproduktion betrug bei einer Leistungsfähigkeit von 48 000 Tonnen nur 18 954 Tonnen und sank gegen das Vorjahr mit 34 455 Tonnen um 45 pCt., der Absatz sank ebenfalls um 45 pCt., indem 19 202 Tonnen gegen 35 175 Tonnen verkauft wurden. — Unfälle im Betriebe von irgend welcher Bedeutung kamen nicht vor. — Die durch die Verhältnisse bringend gebotene Lohnreduktion und Ermäßigung der Beamtengehälter konnte ohne Schwierigkeit durchgeführt werden. — Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 130 Mann gegen 200 im Vorjahre.“ — Glückliches Land, welches solchen „wirtschaftlichen Aufschwung“ aufzuweisen hat!

Vermischtes.

Ein orientalischer Zwerg, über dessen Vergangenheit Pariser Blätter kürzlich allerlei Abenteuerliches zu berichten wußten, Abdul Rahman Jemal, ein geborener Türke, ist in Berlin eingetroffen. Durch einen Zufall lernte ein türkischer Wirtsträger den kleinen Abdul, als er etwa das 30. Jahr erreicht hatte, jetzt ist er 52 Jahr alt, kennen und veranlaßte sich bald darauf eine Vorstellung vor Sultan Abdul Hiss. Letzterer ernannte den Zwerg zunächst zu seinem Hofnarren, dann aber zum Pascha. Fast volle 15 Jahre hatte Abdul seine Stellung an türkischen Höfen inne, der erst ein jähres Ende bereitet wurde, als der Sultan seinen Tod fand. Der neue Sultan wollte den Günstling seines Vorgängers nicht um sich dulden und machte ihn dem Schah von Persien zum „Gesandten“. Durch eine Unvorsichtigkeit fiel Abdul Rahmann hier in Ungnade und entging nur durch rechtzeitige Flucht dem Gefängnis. Auf der Flucht nach St. Petersburg lernte er einen Europäer, den ihn zur Zeit begleitenden Herrn Raab, kennen und dieser überredete ihn zu einer Tournee durch Europa. Das erste Ziel war Paris. — Was der Leser von dieser abenteuerlichen Geschichte, die dem Zwerg bei seiner industriellen Rundreise mit auf den Weg gegeben wird, glauben will, geben wir ihm anheim. Jetzt zeigt sich der kleine Mann im Panoptikum. Er mißt nicht viel über einen Meter und wiegt 48 Pfund, hat einen großen Vollbart und spricht eine Mischung von Russisch, Persisch, Türkisch und Französisch, die kein Mensch versteht.

Eine rabiate Schwiegermutter. Budapest, 3. November. In der Gemeinde Alibunar des Torontaler Komitats gerieth dieser Tage der Diener der dortigen serbischen Schule Sava Matov mit seiner Schwiegermutter Rida Dadies in Streit. Nach einem heftigen Wortwechsel kam es auch zu Thätlichkeiten, welchen die ergrünte Frau ein Ende machte, indem sie einen Revolver von der Wand riß und denselben auf ihren Schwiegerohn abfeuerte. Matov gab nach einigen Minuten seinen Geist auf. Die Mörderin ihres Schwiegerohnes wurde in Haft genommen.

Aus der Naturgeschichtsstunde einer westfälischen Volksschule. Lehrer: „Der Kaulbars — gehört zur Gattung der Raubthiere. Er lebt in klaren, norddeutschen Gewässern und ist, gut zubereitet, ein gutes Gericht, selbst für Kranke. Nun, Frig, wo lebt der Kaulbars?“ — Frig: „Der Kaulbars — lebt im Magen der Bulgaren.“ — Lehrer: „Wie kommst Du zu der Antwort, Frig?“ — Frig: „Mein Vater sagt: Der Kaulbars — wird den Bulgaren ewig im Magen liegen.“

Die endgiltigen Ergebnisse der Volkszählung in Sachsen vom 1. Dezember 1880 sind nunmehr festgestellt. Die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen betrug am genannten

Tage 3 182 003. Die am Zähltag ortsanwesende Gesamtbevölkerung bestand aus 1 542 405 männlichen (97 075 mehr als 1880) und 1 639 598 weiblichen (112 123 mehr) Personen. Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern gab es 21 (1880 nur 19), von denen die drei größten 245 086 (Dresden), 170 340 (Leipzig) und 110 817 (Chemnitz) Einwohner zählten. Unter den Landgemeinden zählten 32 mehr als 5000 Einwohner; die größte derselben war Reudnitz bei Leipzig mit 18 824 Einwohnern, die kleinste Lugau mit 5064 Einwohnern (1884 4281). Die wendische Bevölkerung im Königreich Sachsen hat wiederum nicht unbedeutend abgenommen. So ist namentlich eine ganze Reihe früher rein wendischer Dörfer an der Sprachgrenze, wie die „Daugen Nachbarn“ melden, „deutsch geworden“, so Cunnwitz, Lautitz, Grube, Unwürde, Schmölln, Demitz, Thumitz, Zehau, Bernbrud und andere. In fünfzehn andern Dörfern, die früher ganz wendisch waren, bilden die Deutschen heute die Mehrheit. Rein wendische giebt es überhaupt nur noch vier. In 110 wendischen Dörfern bilden die Deutschen 20 bis 50 pCt., in 63 Dörfern 11 bis 20 pCt. und in 81 wendischen Dörfern 1 bis 10 pCt. der Bevölkerung.

Ein kleiner Irrthum. Daß der französische Abgeordnete Thiers, gewesener Kapitän in der Infanterie, in der mexikanischen Kammer mit großen Ehren empfangen wurde, hat in Paris viel Befriedigung erregt. Herr Thiers sah auf der Galerie des mexikanischen Parlaments, als mehrere Abgeordnete ihn boten, er möge doch zu ihnen herabkommen. Der Präsident hielt an Herrn Thiers eine Ansprache, welche dieser erwiderte, worauf er an der Seite des Präsidenten Platz nahm. Ein Pariser Blatt scherzte, indem es meinte, da Kapitän Thiers von Statur ebenso klein sei, wie der ehemalige Präsident der Republik und „große“ Historiker war, so werden ihm die Mexikaner für seinen „berühmten“ Namensbruder angesehen haben. Es scheint, daß an dieser Annahme etwas Wahres ist. Mindestens hat ein mexikanisches Blatt, die „Federation“, diesen Irrthum begangen, denn sie schreibt: „Mr. Thiers, der berühmte Patriot, der Ex-Präsident der französischen Republik, der große Historiker, der Senator, der Abgeordnete der gebildeten Körperschaft des Landes von Viktor Hugo und Gambetta, hat.“ Vielleicht erfahren wir nächstens aus den „allerletzten Nachrichten“ dieses, wie man sieht, ausgezeichnet unterrichteten Blattes, Julius Cäsar sei soeben von einigen römischen Nihilisten ermordet worden.

Kleine Mittheilungen.

Grandenz, 1. November. Einen vorwegenen Fluchtversuch machte am 29. v. M. in der hiesigen Strafanstalt der Sträfling Dreemba, welcher bis zum 11. Februar 1894 eine 9½ jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. In einem Nebenraum des zu ebener Erde liegenden Arbeitsloales der Kochwaarenarbeiter ist ein großer Korb aufgestellt, in welchem bei der Arbeit entstehende Abfall an Holz zc. gesammelt wird. Der Korb wird alltäglich Vormittags durch das Fuhrwerk des Fabrikanten abgeholt und in dessen außerhalb der Anstalt befindlicher Niederlage ausgeschüttet. Dreemba hatte kurz vor der Abholung des Korbes sich in den vorbedachten Nebenraum mit Genehmigung des Stationsaufsehers zur Verrichtung einer Arbeit begeben, sich in den Korb hineingelegt und mit dem Abfall bedeckt. Der Korb wurde alsdann unter Aufsicht des Beamten von zwei Gefangenen aus dem Arbeitsloal getragen, auf den inzwischen eingetroffenen Wagen des Fabrikanten gehoben und zur Anstalt hinausgeführt. In der Salzstraße ist Dreemba, welcher in der Stadt genau bekannt ist, aus dem Korb gestiegen und hat das Weite gesucht. Die Verfolgung ist bis jetzt erfolglos geblieben.

Reinscheid, 2. November. (Das Flaschenbier eine soziale Gefahr!) Die hiesigen Wirthe haben sich gegen den Kampf mit Flaschenbier erklärt. Sie behaupten, durch das Flaschenbier würde die Trunksucht gefördert und in die Familie getragen, befördere die Genußsucht und somit die soziale Unzufriedenheit. — Müßen rechte Schlaupfische sein, diese Reinscheider Wirthe!

Brehburg, 2. Nov. (Explosion in einer Dynamitfabrik.) In der hiesigen Dynamitfabrik erfolgte heute gegen Abend in jener Abteilung, in welcher die Bündhütchen angefertigt werden, eine Explosion, wobei sieben Personen lebensgefährlich verletzt und auch das Gebäude arg beschädigt wurde. Ein Mann ist bereits gestorben, die Uebrigen wurden in das Spital gebracht und wird an deren Auskommen gezweifelt.

Wien, 2. Novbr. (Große Feuerbrunst.) Seit 10½ Uhr Vormittags loht ein kolossaler Feuerherd auf dem Donauufer. Das Magazin Nr. 24 der Dampfschiffgesellschaft ist sammt den eingelagerten Waaren, Felle, Mehl und Kleie, ein einziger mächtiger Feuerklumpen. Um 10½ Uhr züngelte die erste Flamme aus dem hölzernen Gebäude, dessen ganze 200 Meter lange Front eine brennende Gütecke ist. Um 11 Uhr war das Gebäude verloren, aber der Brand wurde um diese Stunde auch still, wiewohl immer noch die Nachbargebäude wie Magazine Nr. 4 und das Hafenskapitanat nicht außer Gefahr sind. Um 12 Uhr glühte und flammte es noch fort. Das hiesige Lagerhaus mußte geschloßt werden. Die ganze Fruchtboße ist auf dem Brandplatz vertreten. Die reichsten Anstrengungen werden von den vereinigten Feuerwehren gemacht, um den Brand einzudämmen. Ein Arbeiter, der an den Löscharbeiten theilgenommen, ist leicht verletzt. Die zum Erzielen ausgedehnter Mannschaft ist aus den Bratereien herbeigezogen und hilft tapfer mit. In den Nachmittagsstunden hatte die Feuerwehr vollendet zu thun, die mächtige Gluth zu dämpfen. Das volle Erlöschen dürfte erst in später Nachtstunde erfolgen, da noch des Abends unaufhörlich dichter Qualm aus den glühenden Schutthaufen hervorbrang. Die im angrenzenden Magazin Nr. 1 lagernden Waaren haben durch Rauch, Damp und Wasser gleichfalls gelitten. Von dem eingescherten Magazine ist bloß der kleine Trakt nächst dem Hafenskapitanat, welcher für die Frachtenabgabe bestimmt und durch eine Feuermauer von den anderen Objekten getrennt war, dann ein an linksseitigen Thoreingänge befindliches Vorrathshauschen, welches eigentümlicher Weise von den Flammen gänzlich verschont blieb, erhalten. Bis spät Nachmittags konnte noch nicht die genaue Menge der Waarenvorräthe, die im Magazine gelagert, festgestellt werden; nach einer ungefähren Schätzung dürften sich 20 000 mit Mehl und Frucht gefüllte Säcke im Magazine befinden haben. Im Laufe des ebenigen Tages wurden noch 2000 Säcke eingeschichtet, die ebenfalls mit verbrannt sind. Bezüglich der anderen durch das Feuer vernichteten Güter fehlt derzeit noch eine genaue Angabe. Das Gerücht, daß der Feuer gelegt worden sei, hat sich bisher nicht bestätigt. Nachmittags konnte der in Folge des Brandes stillstehende Verkehr der Donau-Usa-Bahn wieder aufgenommen werden.

Wien, 2. November. (Entgleisung in einem Tunnel.) Gestern ist der Postzug Nr. 122 im großen Simmering-Tunnel entgleist. Der Kourierzug gegen Wien konnte noch rechtzeitig aufgehalten werden; ein größerer Unfall ist nicht geschehen.

Verona, 2. Nov. Ueber den Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge, welcher in der Nähe der Station Ma stattgefunden hat, werden folgende Details gemeldet: In Folge der falschen Stellung einer Weiche fuhr der von Verona kommende Zug an einem stillstehenden gemischten Zug an. Der Zusammenstoß war äußerst heftig. Beide Lokomotiven sowie fast sämtliche Wagen sind stark beschädigt. In dem erstgenannten Zuge schanden sich nur neun Passagiere. Der Zugführer sowie ein österreichischer Finanzwachmann wurden am Kopfe verwundet.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom 4. November.

Der Stadtverordnete-Vorsteher Stellvertreter, Stadtverordnete Langerhans, eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Die Abtheilungen sind zusammengetreten und haben die Wahl von 10 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage, betr. den Anschluß der Anilinfabrik am Biesenwer an die Kanalisation und von 15 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage, betr. den Ausbau der beiden Dammwägen vollzogen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung kamen ein Naturalisationsgesuch und die Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeindebeamten zur geschäftsmäßigen Erledigung.

Zur Vorberathung der Vorlage, betr. die Stundung der von der St. Nikolai- und der St. Marienkirche zu den Pflasterkosten der Friedenstraße zu entrichtenden Beiträge ist ein Ausschuss niedergesetzt worden, der durch seinen Berichterstatter Stadtverordneter Friedemann folgenden Bescheid empfiehlt: Die Stadtverordneten-Vers. erklärt sich damit einverstanden, daß die auf dem Kirchhofs-Grundstücke Königstadt Band 17 Nr. 1172 und Band 41 Nr. 2578 reparierten Kosten der Pflasterung der Friedenstraße zum Betrage von 15 650,76 M. unter Verzicht auf Verzugszinsen bis zur definitiven Regulierung der Friedenstraße in der bebauungsplanmäßigen Breite den St. Nikolai- und St. Marienkirchengemeinden gestundet werden, wenn dagegen der auf das gegenüberliegende Grundstück entfallende Betrag der Pflasterkosten mit 9666,84 M. nebst 5 pCt. Zinsen seit dem 26. März 1878 sofort berichtigt wird und wenn ferner die St. Nikolai- und St. Marienkirchengemeinde ausdrücklich auf ihre vermeintlichen Entschädigungsansprüche gegen die Stadtgemeinde aus den durch den Bebauungsplan bezuglich polizeiliche Verfügungen hervorgerufenen Benutzungsbeschränkungen des Kirchhofsterrains Verzicht leistet.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu. Der Magistrat hatte die Veräußerung der zum Göttinger Bahnhof verwendeten Theile von ehemaligen Separationswegen an den Eisenbahnbahnhof zum Preise von 1 M. pro Quadratmeter beantragt. Ueber diese Vorlage war ein Ausschuss eingesetzt worden, der durch seinen Berichterstatter, Stadtverordneter Karsten, die Annahme empfiehlt, da der Inhalt der Vorlage das Resultat längerer Verhandlungen mit dem Eisenbahnbahnhof sei und die Hoffnung, auf dem Wege des Prozesses günstigere Bedingungen für die Stadt zu erzielen, sehr gering bei den unsicheren Rechtsansprüchen der Kommune wäre.

Stadtverordneter Schmeißer beantragt, die Beschlussfassung über die Vorlage auszusagen und dieselbe dem Magistrat mit der Aufforderung zurückzugeben, mit dem Fiskus in Unterhandlungen behufs Verstellung wenigstens einer der kassierten Straßen durch Unterführung derselben unter die Geleise der Personenzüge zu treten.

Stadtverordneter Karsten beantragt persönlich, der Vorlage des Magistrats die Bedingung des Wiederkaufsrechts für die Stadt hinzuzufügen.

Stadtverordneter Friedemann empfiehlt die Annahme des Antrags Karsten.

Stadtverordneter Meubrinl spricht sich gegen den Vertagungsantrag des Stadtverordneten Schmeißer aus.

Der Antrag Schmeißer wird abgelehnt und der Magistratsantrag mit dem Antrage Karsten angenommen. Zur Errichtung je eines Kriegerdenkmals auf den Garnison-Kirchhöfen in der Hasenheide und in der Müllerstraße beantragt der Magistrat eine Beihilfe von 5000 M. zu gewähren. Diese Beihilfe sei, so heißt es in der Vorlage, Ehre und Pflicht der Reichshauptstadt. Die Gesamtkosten sollen 25 000 M. betragen, zu denen die Kriegervereine bisher 5000 M. aufgebracht haben.

Stadtverordneter Schmeißer beantragt, den Magistrat zu ersuchen, erst den Nachweis zu bringen, daß die Restkosten gedeckt werden.

Stadtverordneter Götke: Meine Freunde und ich sind übereingekommen, die Vorlage abzulehnen. Welche Verpflichtung hat die Stadt, Geld zu dertartigen Denkmälern herzugeben?

Der Magistrat spricht davon, daß es die Ehre und Pflicht der Reichshauptstadt verlange. Es ist bedauerlich und wunderbar, daß der Magistrat erst jetzt dazu gelangt, diese Ehrenpflicht der Kommune einzulösen. Vielleicht hat irgend ein äußerer Einfluß diese Erkenntnis erst zu Wege gebracht. Die Stadtgemeinde ist aber nach unserer Ansicht absolut nicht verpflichtet, zu den Kosten beizutragen. An Monumenten hat die Stadt wahrhaftig keinen Mangel. Wenn man etwas thun wollte, so könnte man eine Summe zur Vertheilung an die Invaliden aus jenen Kriegsjahren bestimmen, die ebenso wie die Todten mitgekämpft haben und jetzt oft in Noth sich befinden. Dadurch hätte man die Todten besser geehrt als durch Erz und Marmor. Wenn der Magistrat aber einmal so denkmalstüßig ist, so möge er seinen Blick nach dem Friedrichshain richten, wo die edlen Todten ruhen, die für die Volkrechte eingetreten sind. Sie haben das erste Recht, mit einem Denkmal betraut zu werden, wenn einmal solche Summen zu solchen Zwecken verausgabt werden sollen. Für uns wäre ein Denkmal für sie nicht notwendig; ihr Gedächtniß ruht in unseren Herzen und das grüne Reis, welches ihre Hügel an ihrem Todestage schmückt, ist uns genügend Trost und Hoffnung. Wenn die Stadt für jene aber ein Denkmal nicht für nöthig gehalten hat, so soll sie auch von uns zu Kriegerdenkmälern keinen Pfennig bewilligt erhalten! (Unruhe. Ein Ruf: Wui!)

Stadtverordneter Schmeißer hält die Bewilligung der 5000 M. für ein nobile offi-jus der Gemeinde, glaubt aber von dem in seinem Antrage verlangten Nachweise nicht absehen zu dürfen.

Stadtkämmerer Runge erwidert, daß der Magistrat der Ansicht sei, durch die Beihilfe der Stadt würden weitere Kreise veranlaßt werden, die fehlenden 15 000 Mark herbei zu schaffen.

Diermit schließt die Diskussion und der Antrag des Magistrats wird gegen die Stimmen der Arbeiterpartei angenommen.

Es folgt die debattelose Genehmigung einer Reihe weiterer Magistratsvorlagen.

Zum Kirchenbau für eine von der Thomasparochie abzweigende, neue Kirchengemeinde wünscht der Magistrat einen Kostenbeitrag von 200 000 Mark bewilligt zu sehen. Außerdem soll das erforderliche Terrain auf dem Laufgerplage unentgeltlich überlassen werden.

Stadtverordneter Spinola sympathisirt mit der Vorlage, hält aber einen Ausschuss von 10 Mitgliedern zur Vorberathung für notwendig.

Stadtverordneter Mitau: Wir werden gegen die Vorlage und gegen die Ausschussberathung stimmen. Wir können uns zu dem Gedankengange nicht emporschwingen, daß in der Thomasparochie ein kirchlicher Nothstand herrscht. Ich kenne die Gegend seit fünfzehn Jahren. Ich weiß, daß man dort der Frage begegnet: Kennt die Stadt denn den wirtschaftlichen Nothstand nicht, daß sie Geld und soviel Geld zu einem Zwecke bewilligt, den zu erfüllen die Kommune nicht verpflichtet ist? Ich trat vor fünfundsiebzig Jahren ins politische Leben. Ich erinnere mich, daß damals die Partei, welche die Majorität in dieser Versammlung bildet, an alle ihre Kandidaten mit der ersten Frage herantrat, wie sie sich zu der Trennung von Kirche und Staat und Stadt stellen. Aber das, was in der Jugend ein Ideal war, wird von Manchem im Alter als Jugendschlei betrachtet. Bei mir ist Kirche und Religion Privatfache. Wenn eine Gemeinde eine Kirche haben will, so mag sie sich selbst eine bauen. Aber die Kosten sollen nicht aus der Tasche der Steuerzahler bestritten werden, der Steuerzahler, zu denen Dissidenten, Juden und Katholiken auch gehören. Das Geschick von dem kirchlichen Nothstande in Berlin würde bald verstummen, wenn die Hauptsache die Kirchen aus ihre Kosten bauen müßten. Und gerade der Stadttheil, den Sie jetzt mit einer neuen Kirche bekliden wollen, hat deutlich bewiesen, wie er über kirchliche Fragen denkt. In jenem Stadttheile sind vier der Arbeitervertreter hier gewählt worden und ebenso sieht es bei den Reichstagswahlen. Viele Leute haben dieselben Ansichten wie wir. Sie fassen in dem Sinne: „Thue Recht und scheue Niemand; liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, ihr praktisches Christenthum zusammen und handeln darnach! (Unruhe.)

dem Mittagessen, wenn der Alte schlief, konnten sie eine Weile allein sein. Aber wo? Die Schwestern hielten ihr Zimmer besetzt, die Brüder nahmen die Sophas in Beschlag und der Alte okkupirte das Schlafzimmer. Sie saßen also im Wohnzimmer, jeder auf seinem Rohrstuhl, und Mama saß daneben im Schaukelstuhl und schlummerte.

Auch er war nach dem Mittagessen müde und schläfrig und hätte sich ebenfalls gern ein Stedchen auf dem harten Rohrstuhl sitzen und versuchen, den Arm um die Taille der Braut geschlungen zu halten. Und wenn sie sich küßten, stand allemal ein grinsender Bruder hinter irgend einer Thür und ahmte den Schall nach, oder es saß eine Schwester in irgend einem Winkel und schlug verächtlich die Augen nieder.

Und welche Arbeit er allein mit den Freibillets hatte! Jeden Tag mußte er im Bureau um seine zwei Billets bitten, um auf diese Weise den Theaterbedarf der Familie zu decken, und zum Ueberflus mußte er noch fast alle Abende einen der Brüder hinter die Koulissen schmuggeln. Ja ihre verwandtschaftlichen Gefühle gingen schließlich so weit, daß sie sich selber einschmuggelten, und der Längste war bereits einmal hinausgeworfen worden, weil er einer Ballettuse an die Brust gefaßt, was er in einem Zwischenakt von einem Baron gelernt hatte.

Am Sonnabendabend hatte er gewöhnlich frei und fuhr dann mit der Braut nach dem Thiergarten. Natürlich mußte auch Mama dabei sein, und selten lief es ohne zwei Schwestern ab.

„Neh Dich an und lomm mit,“ sagte die Eine, „Adolf wird natürlich nichts dagegen haben, daß wir ein wenig mitgehen.“

Wie konnte Adolf etwas dagegen haben? Aber wenn das Souper auf der Alhambra bezahlt werden sollte, waren es sechs Portionen statt zwei. Und dann kam es vor, daß Mama müde wurde. Dann mußte man eine Droschke haben und Adolf saß neben dem Kutscher auf dem Bode.

Sehr angenehm, für sein eigenes Geld auf dem Bode zu sitzen und sich wie ein Rorkzieher drehen zu müssen, um nachzufragen, ob Ella auch friere. Zuweilen kamen auch

Stadtverordneter Jakob erwidert, daß die Majorität auch bereit sei, Juden und Katholiken im Bau von Gotteshäusern zu unterstützen. Diese Unterstützung sei in 1805 offi-jum der Stadt.

Stadtverordneter Fürstenau erklärt sich mit einer Ausschussberathung einverstanden und hebt hervor, daß die Thomaskirchengemeinde 138 000 evangelische Mitglieder zähle, ein Nothstand also vorhanden sei.

Stadtverordneter Kreittling: Ich will Herrn Mitau gegenüber nur konstatiren (Aufe: Nicht nöthig!), daß man, gleichgültig auf welchem Boden man steht, doch nicht das Recht hat, dem Andersdenkenden den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Ein Schlußantrag schneidet die weitere Debatte ab. Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wird angenommen.

Der Federviehändler Albert Blank hat sich grundlos geweigert, eine unbefordete Stelle in der Gemeindeverwaltung anzunehmen. Der Magistrat beantragt deshalb: Der Federviehändler Albert Blank, Brenzlauer Allee 40 wohnhaft, wird wegen ungerechtfertigter Weigerung, die unbefordete Stelle als Mitglied der 98. Schul-Kommission, zu welcher er gewählt ist, zu verwalten, vom heutigen Tage ab auf drei Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt und soll während des gleichen Zeitraumes um ein Achtel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden.

Stadtverordneter Heger hat erfahren, daß der Mann wirklich krank sei und wünscht deshalb Berathung dieses Gegenstandes in geheimer Sitzung.

Stadtverordneter Wallich glaubt, daß es dann dem Manne, wenn er wirklich einen gerechtfertigten Grund für seine Weigerung habe, bei geheimer Berathung schwer fallen würde, sich in den Augen der Öffentlichkeit zu rehabilitiren.

Der Vorsteher, Stadtverordneter Langerhans erklärt den Antrag Heger für unzulässig nach der Geschäftsordnung.

Stadtverordneter Hermes beantragt Vertagung, zieht seinen Antrag aber später wieder zurück.

Stadtverordneter Meyer beantragt, für die Vorlage einen Referenten zu ernennen.

Stadtverordneter Hornig glaubt, daß ein Exempel statuirt werden müsse.

Stadtverordneter Irmer warnt vor vorsichtigen Schritten und verliest ein Attest des Dr. med. Paruch vom 4. November cr., wonach der Federviehändler Blank chronisch lungenleidend ist.

Oberbürgermeister von Jordanbeck hält den Antrag des Stadtverordneten Meyer! der Situation für angemessen und meint, daß selbst, wenn Blank krank sei, es seine Pflicht gewesen wäre, diese Thatsache dem Magistrat mitzutheilen, dessen wiederholte Schreiben er unbeantwortet gelassen habe.

Der Antrag Meyer! wird angenommen.

Einige Rechnungen werden an den Ausschuss für Rechnungssachen verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 7 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Der langersehnte Erlaß bestimmter Unfallverhütungsvorschriften scheint nunmehr beginnen zu sollen. Die neueste Nummer des amtlichen Organs des Reichsversicherungsamtes enthält zunächst die von der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik aufgestellten Unfallverhütungsvorschriften; dieselben umfassen weite Gebiete der Industrie und unter Anderen auch die Metallzackereien. Für die dort beschäftigten Arbeiter sind folgende beachtenswerthe Bestimmungen getroffen: Bevor das Gießen beginnt, sind alle Wege, auf denen flüssiges Metall transportirt werden soll, von umherliegenden Gegenständen zu befreien. Beim Bedienen und Abstecken der Schmelzöfen, beziehungsweise beim Ausheben der Tiegel haben die mit diesen Arbeiten beauftragten Arbeiter Schutzbrillen zu tragen und dürfen sich nur die von den Vorarbeitern bestimmten Arbeiter in der Nähe des Ofens aufhalten. Abstechzangen, Bängen und Krammstöcke müssen vor dem Gebrauch genügend angewärmt

die Brüder und „holten die Schwestern von der Alhambra ab“, und der lange Karl hat dann den Schwager immer, für ihn „bloß auslegen“ zu wollen, denn traktiren lasse er sich nicht. Und dann war noch die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß Wilhelm den Schwager beiseite nahm und ihn um einen Thaler oder wenigstens um „ein Biergroßchenstüd“ anpumpt.

Da er mit der Braut niemals allein war, wurde er mit ihr getraut, ohne zu wissen, wer sie sei. Er wußte nur, daß er sie liebe, und das genügte ja. Aber er versprach sich sehr viel von der Zukunft, wo er sie allein besitzen würde.

Und als er am Hochzeitstage zum letzten Male das Mittagessen in seinem Restaurant einnahm, da lag es so hell und goldig vor ihm: das neue Heim und das Alleinsein mit ihr. Nun endlich würden sie in demselben Sopha sitzen können ohne grinsende Brüder und neidische Schwestern! Und als er nach Hause ging, da schien die Januarsonne so groß und so roth, und die Rannen des Thiergartens schienen ihm Spalier zu bilden, und niemals waren Lust und Erde so angenehm gewesen wie heute. Und als er auf seinem Stübchen ankam und die gewohnten Kleider auszog, um den Frack und die weiße Binde anzulegen, da legte er zugleich das ganze langweilige, widerliche und abnorme Leben des Junggesellen ab. Er packte die letzten Kleinigkeiten zusammen, steckte sie mit den alten Kleidern in eine Reisetasche und schickte sie nach dem neuen Heim, wo er die nächste Nacht schlafen sollte. Und dann nahm er Abschied von seiner Wirthin ohne Nührung seinerseits, aber desto mehr von ihrer Seite. Sie weinte und wünschte alles Glück und allen Segen des Himmels auf ihn und seine junge Frau herab.

Am Abend war die Hochzeit zu Hause bei den Eltern. Als er endlich nach einem Schauer von Unanständigkeit seitens der Schwäger und einer Thränenfluth seitens der Mama seine Frau in den Wagen führte, wollten Karl und Wilhelm sie nach der neuen Wohnung begleiten, aber er schlug die Wagenthür zu, daß die Fenster klirren und wünschte die ganze Verwandtschaft zum Teufel. — — — (Schluß folgt.)

Im unter die Haube zu kommen.*

Skizze von August Strindberg.

Autorisirte Uebersetzung von Jens L. Christensen.

[Nachdruck verboten.]

Man konnte thausächlich behaupten, daß sie ihm in die Arme hinein gezwängt wurde! Sie war die älteste von fünf Schwestern und hatte außerdem drei Brüder. Es war eng zu Hause im Zimmer der Mädchen, und eine kleine Keilerei war nichts Außergewöhnliches. Er spielte die Geige in der Hofkapelle und nannte sich „Königlicher Kammermusikus“, war also eine gute Partie. Er hatte sie irgendwo gesehen und steckte darauf gelegentlich die Nase zur Thüre herein. Sofort wurden er und sie neben einander aufs Sopha gesetzt, die Schwestern „schoben nach“, die Brüder sagten „die Weiden“, Vater und Mutter waren lebenswürdig, und so hatte er sie.

Er kam jeden Nachmittag genau um fünf Uhr zu Besuch und mußte um halb sieben wieder gehen, weil er um sieben im Theater sein mußte. Die Verlobungszeit war die reine Hölle, aber er tröstete sich damit, daß es schon besser werden würde, wenn sie erst verheirathet wären. Der Alte, der auch etwas von seinem Schwiegersohn haben wollte, schwärmte fürs Schachspiel, und der Arme mußte also jeden Nachmittag mit ihm spielen. Sie saß daneben, oder langweilte sich, und ging in ein anderes Zimmer. Er verlor natürlich immer, was dem Alten ausgezeichnet gefiel; nur war er oft allzu zerstreut und machte dann zum Aerger des Alten falschezüge.

Sonntags wurde er zum Mittagessen eingeladen. Da mußte er denn Theatergeschichten erzählen: was der und der Schauspieler bei dieser Gelegenheit sagte und die und die Schauspielerin bei jener. Und dann erzählte der Alte, wie es früher am Theater gewesen sei, — damals in seiner Jugend, wo er zuweilen als Statist fungirte. Doch nach

* Aus einer Novellensammlung „Gistas“ („Heirathen“), in welcher der Verfasser die verschiedenen Formen der modernen Ehe behandelt.

werden. Die Gießpfannen und Tiegel dürfen nur so weit mit flüssigem Metall gefüllt sein, daß beim Transportieren kein Ueberfließen derselben stattfinden kann. Während des Gießens müssen alle in der Gießerei beschäftigten Personen Stiefeln mit überfallenden Hosen tragen, und sind während dieser Zeit alle unbetheiligten Personen aus der Gießerei fern zu halten. — Da die Eisen- und Metallgießerei auch in Berlin im größeren Umfange betrieben wird, so haben diese Bestimmungen auch für das größere Publikum Interesse. Die Art, wie mit dieser Bestimmung für den Schutz des Arbeiters gegen die Gefahr des Ueberfließens des Metalls umzugehen ist, scheint doch etwas problematisch. Ob der Arbeiter eine Schutzbrille aufsetzen und ob er im Hochsommer und in der unmittelbaren Nähe des geschmolzenen Metalles schwere Lederstiefeln und darüber Hosen tragen soll, das könnte man ihm sogleich selbst überlassen. Solche Bestimmungen, so gut sie gemeint sein mögen, können leicht mehr schaden als nützen, indem sie auch für die Einführung neuer vervollkommener Einrichtungen hinderlich werden. Doch vermessen Sachkundige jede Vorschrift darüber, welche Vorkehrungen dafür zu treffen sind, daß die beim Gießen beschäftigten Arbeiter in gewisser Entfernung von dem geschmolzenen Metall gehalten werden und daß die beim Eingießen des flüssigen Eisens in die Form umherspritzenden glühenden Eisentheile die Arbeiter nicht gefährden. Solche Vorrichtungen sind für Gießereien wichtiger als Stiefeln, Hosen und Schutzbrillen für die Arbeiter, aber allerdings auch kostspieliger und müßten freilich von den Unternehmern bezahlt werden.

Die Zahl der Bewerber um die fünf ausgeschriebenen Berliner Apotheken belief sich nach Mittheilung der „Pharm. Ztg.“ auf achtzig; sie ist verhältnismäßig nicht hoch, wenn man die Wichtigkeit der Objekte bedenkt. Von den fünf Apothekern, welche die neue Berliner Konzession erhalten haben, ist einer 1868 approbirt, die übrigen 1867. Auch der im Abgeordnetenhaus lautgewordene Wunsch, daß die Berliner Konzessionen nur an Bewerber, die mit den großstädtischen Verhältnissen vertraut sind, vergeben werden möchten, hat hier zufällig seine Erfüllung gefunden, da sämtliche Konzessionäre Großstädter sind und übrigens auch dem Apothekerberuf bisher ununterbrochen angehört haben.

Die neue Pferdebahnlinie Neustädter Kirchstraße—Pappelallee zeigt gleich bei Beginn eine merkwürdige Thatsache. Charlottenburger Pferdebahn und Große Berliner stehen sich zwar nicht wie feindliche Schwestern gegenüber, aber man kann sich die beiden doch nur Rücken gegen Rücken denken, möglichst wenig Notiz von einander nehmend. Um so überraschender wirkt es, die Wagen der Großen Berliner in der Dorotheenstrasse auf den Schienen der Charlottenburger Bahn laufen zu sehen; da sich so etwas als möglich gezeigt hat — man glaubt es nur, wenn man es gesehen hat — so kommen vielleicht noch einige andere Verbindungen zu Stande, die für den Verkehr von Nutzen wären, z. B. die Linie Potsdamer Bahnhof—Neustädter Kirchstraße (Centralbahnhof). An der Stelle, die vor hundert Jahren den bescheidenden Namen „am Nagensprung“ führte, wo jetzt die Paläste des Centralbahnhofs und der großen Gasthöfe sich sammeln, nimmt die Linie ihren Anfang. In die Dorotheenstrasse wird ein Palast nach dem anderen eingebaut — sie bleibt die stille eintönige Straße, die sie war, ihr fehlt das „Winterland“, der Zutritt an den Seitenstraßen; zwischen Spree und Linden geklemmt, wird sie immer eine Doublette bleiben. Bei der Einbiegung nach der Luisenstraße über die Marschallsbrücke nimmt die Pferdebahn Vorkurs; die neue Marschallsbrücke ist, bedingt durch die Wasserverhältnisse der Spree, zu einem Übergang erwachsen. Das eigenartige Charakter trägt dann wieder die Luisenstraße; ein Ständbild Gräfe's ruft es dem Vorübergehenden zu, daß wir im medizinischen Quartier sind. Zwischen der alten und veralteten Charité und der Thierarzneischule, der neuen Morque und dem Reichsgesundheitsamt zieht die Straße dahin, etwas von der Stille der Krankeinstube liegt auf ihr. Am neuen Thore aber weilt ein rascher Dekorationswechsel — die Palastgruppe der Bergschule, der Landwirtschaftsschule und des gewaltigen naturhistorischen Museums. Schade, daß diese herrlichen Schöpfungen auf verlorenem Posten stehen. Kleinbürgerliche Geschäftshäuser umgeben und flankieren sie. Mühsam bahnt sich der Pferdebahnwagen seinen Weg über die Chausseestraße, denn diese entlang fluthet ein gewaltiges Leben. Pferdebahnen, Omnibusse, Frachtfuhrwerk aller Art und ein unendlicher Strom von Fußgängern drängen sich darauf. Die Invalidenstrasse verläuft die Linie nach dem Stettiner Bahnhof, der in seinen burgartigen gotischen Formen auf eine überwundene Zeit stilistischer Gedankenverwirrung hinweist. Der Platz vor dem Stettiner Bahnhof ist jetzt ein Rendezvous für Transportmittel aller Art; friedlich theilen sich Droschken, Pferdebahnen und Omnibusse in den weiten, aber formlosen Platz; vorbei an Friedhofsmauern und dem Geleite derselben, den Geschäften, die auf Tod und Leidtragende arbeiten, und dann wieder eine gewaltige Steigung, die durch Potentianen überwunden werden muß — wir sind in der Borsenerstraße. Die Häuser sind hier gerade so hoch, glatt, eintönig wie im Westen, nur die schmalen Fenster und Fensterfeiler, die kleinen Geschäfte und Keller, die demsüßlichen, die hier und da aus den Fenstern der ersten Stockwerke leuchten, weisen darauf hin, daß eine andere Bevölkerungsklasse hier ihr Heim hat. Auf den Trottoirs dichtes Gewühl, in den Läden ein fortwährendes Kommen und Gehen. Borräthe legt man sich hier nicht an. Schaaren von Kindern auf der Straße — aber diese gut und sauber gekleidet, gesund und fröhlich — hier und da für den Kaufher läßt. Denn noch hat man sich hier an den Pferdebahnen noch nicht gewöhnt. Wenig Jahre später auf der dicht belebten Straße, während im Westen der übervolle Wagen durch leere Straßen geht — zehn Pfennige sind hier ein beachteter Posten in dem Tagesbudget. An der Biontsche machen wir diesmal Halt — ein erfreulicher Bau, der selbst in ein solches Häuserensemble etwas von Stil und Charakter bringt. Hinter der Biontsche beginnt der ferne Norden.

Von einem Süddeutschen, der vor Kurzem Berlin besuchte, geht der „Bos. Ztg.“ folgende im Uebrigen nicht neue Klage zu, die aber um ihrer Richtigkeit willen wiederholt werden mag: „Amposant und bewundernswürdig stellt sich Berlin in seiner jetzigen Entwicklung dem Auge des Fremden dar. Die Fülle von Pracht der öffentlichen und Privatgebäude, der Wunderbau der Stadtbahn, das Riesennetz der Pferdebahnen, das überreich pulsierende Leben auf allen Wegen, und nicht minder die Intelligenz, der Kunstsin, der Wissenschaft der Berliner Bevölkerung lassen erkennen, daß die in rapidem Wachstum begriffene Kaiserresidenz nicht bloß die Hauptstadt, sondern auch das Herz des Deutschen Reiches ist. Um so bemerkender erscheint es dem Besucher, daß sich Miststände, wie der in folgendem erwähnte, inmitten all dieses Glanzes erhalten können, Unsauberkeiten, welche in grellem Kontraste zu dem Sinne für Aufrichtigkeit stehen, der sich in den gut gepflegten Straßen, der Wasserleitung, der Kanalisation offenbart. Unter der großen Zahl von Viehställen, welche Berlin in einer Menge, Eleganz und Ausdehnung besitzt, wie keine andere Weltstadt, traf Schreiber dieser Zeilen auf seiner Wanderung nicht wenige an, welche eine eigenthümliche mehr als die Mittelhalbens als an die Kultur der ersten Stadt Mittel-europas erinnernde Einrichtung besitzen. Er sah — unmerklich beobachtend — in welcher unästhetischen Weise man taucht sie einfach in ein mit Wasser gefülltes Holzgefäß — Zuber oder Eimer — schöpft sie voll, gießt den Inhalt zurück in das Gefäß und stellt sie dann ohne Weiteres zu neuem Gebrauche auf. Eine Erneuerung des Wassers fand während der zwanzig Minuten dauernden Beobachtungszeit nicht statt; wie

lange das durch die unästhetischen Bierreste selbst zu Dünmbier gewordene Spülwasser benützt wird, konnte Einsender nicht ermitteln. Genug, die Bierneigen aus Hunderten von Gläsern dienen, mit stets trüber werdendem Wasser gemischt, zur Ausspülung und Reinigung. Nun darf man mit Recht fragen: ist dieses unästhetische Verfahren im Hinblick auf die glanzvolle Ausstattung der Lokale, auf die untadelhafte Bedienung nicht ein selbsterwartender Widerspruch zu nennen? Oder sind diese stark besuchten Lokale so wenig gewinnbringend, daß man in der Verwendung des Wassers in dieser Weise inausern muß, daß man nicht, wie es sich gehört, die Trinkgefäße in fließendem, sich stets erneuerndem Wasser säubert? Sollte das das Publikum nicht sehr nachdrücklich auf die Beseitigung eines Verfahrens drängen, welches geeignet ist, ihm den Genuss seines Lieblingsgetränks zu beeinträchtigen und zu verleiden. (Der süddeutsche Beobachter kennt die Berliner nicht. Er war jedenfalls zu kurze Zeit hier, um die Beobachtung zu machen, daß man wiederholt, in keiner Stadt so gewöhnlich ist zur Kritik und zum Widerspruch, doch man sich aber gegenwärtig in seiner Stadt so viel gefallen läßt und daß sich Niemand so viel geduldig bieten läßt wie der Berliner. Red.)

Warnungen vor Verlockungen ins Ausland. In der „Kürschner-Ztg.“ vom 29. August findet sich folgendes Inserat: „Ein junger Kürschnergehilfe, im Jurichten und Färben der Felle, sowie in Reparaturen für das Detailgeschäft erfahren, der Lust hat, die Hutmacherei sowie die englische und französische Sprache zu erlernen, wird zum baldigen Antritt für ein größeres Geschäft in Canada, gleich selbst findet auch ein Mädchen, welches Nagenmachen, Staffiren und Hüte zu garniren versteht und einen Begriff von Zeichnungen der Pelzwaren hat, angenehme, dauernde Stellung. Adressen an John Brown, Bartical Hatter u. Furrier, 207 Government Street in Victoria, Province of British Columbia, Canada.“ — Es hat sich nun Jemand aus unserem Leserkreis an diesen Herrn John Brown gewandt und er hat auf seine Anfrage auch ein Schreiben erhalten, welches uns vorliegt und aus welchem ziemlich deutlich hervorgeht, daß es diesem Herrn Brown hauptsächlich wohl nur auf einen recht dreisten Schwindel ankommt. Seine Hauptfrage in dem Schreiben ist: „Haben Sie Geld?“ Er will also nur einen Handwerker mit Geld nach Canada locken, dem er da drüben in aller Seelenruhe das „Fell über die Ohren zu ziehen“ gedenkt. Er betont ausdrücklich, daß, wenn der Reflektant kein Geld hat, er besser daran thut, ruhig zu Hause zu bleiben. Im Uebrigen geht aus der Fassung der Annonce schon ziemlich deutlich der Schwindel hervor, denn das, was in dem Inserat alles von einem Kürschner verlangt wird, kann ein solcher bei der heutigen Theilung der Arbeit, die auch in diesem Gewerbe um sich gegriffen hat, garnicht leisten. Ein Sachverständiger schreibt uns nämlich: „Das Jurichten allein bildet schon seit 30 Jahren eine eigene Branche, und ist der Dampfbetrieb im Allgemeinen überall eingeführt. Es werden in diesem Einzelweize Lehrlinge ausgebildet, welche wohl Kürschner heißen und es auch sind, aber niemals Nadelarbeiter waren. Das Färben und Blenden der Felle ist ebenso eine Spezialbranche, und gerade deswegen, weil es sich als Spezialfach gebildet hat, für diese Arbeiten auf der höchsten Höhe gelangt. Wir konkurriren beispielsweise jetzt mit Frankreich. Natürlich ist auch hier Dampfbetrieb und es werden auch für diese Einzelarbeiten Lehrlinge ausgebildet. Was nun die dritte Forderung anbelangt, die Nadelarbeit, so würde es zu weit führen, dies zu detailliren. Ein junger Kürschnergehilfe könnte jedoch in dieser Branche am leichtesten der Forderung gerecht werden, indem dieses ja eine Hauptbranche im Kürschnergewerbe ist. Wohl giebt es auch Arbeiter, die von alledem einen Begriff haben, z. B. wenn einer in einer kleinen Stadt gelernt hat, wo der Kürschner sein bißchen Schaf, Kaninchen, Rasse, Hund etc. selbst züchtet, auch schwarz färbt. Aber gerade hier ist man in den Mitteln der modernen Technik noch soweit zurück, daß es kein junger Kürschnergehilfe wagen würde, mit solchen Kenntnissen auf eine Zeitungsannonce hin nach Canada zu gehen. Somit könnte es nur ein Arbeiter sein, der schon alle Branchen des Kürschnergewerbes durchgemacht und sich überall Erfahrungen angeeignet hat, dann ist er aber auch nicht mehr jung.“

Die Benutzung des Totalisators ist bestimmungsmäßig auf die Inhaber von Fünf-Markbillets beschränkt; die Bestimmung ist getroffen, um Unbemittelte vom Wetten am Totalisator abzuhalten. Wie es scheint, hat man schon ein Mittel gefunden, diese Bestimmung zu umgehen. Ein Verächtlicher weil bei dem letzten Rennen folgenden Vorgang beobachtet haben: Ein Unternehmer kauft ein Billet zu 5 M., aber nicht um es selbst zu benutzen, sondern er vertrittet dasselbe zum Preise von 20 Pf. auf den kurzen Zeitraum von 2 bis 3 Minuten. Der Miether hat gerade Zeit genug, am Totalisator auf ein Pferd zu wetten und giebt dann das Billet dem ursprünglichen Eigentümer wieder. Bei diesem findet sich bald ein zweiter Miether ein und so geht es fort, bis das letzte Rennen abgegangen hat. Der Unternehmer macht ein gutes Geschäft dabei, um so mehr als besonders eifrige Bewerber sich oft im Preise überbieten.

Die Bekämpfung des Keuchstufens, dieser so allgemeinen und für alle Betheiligten so lästigen Kinderkrankheit, ist in Einsbüttel zum Gegenstand von Versuchen und Beobachtungen im größeren Maßstab gemacht worden, die sehr günstige Resultate ergaben. In der Berliner Naturforscherversammlung, Sektion für Kinderheilkunde, berichtete Dr. Michael von hier über 250 Fälle, welche durch Pulvereinblasungen in die Nase behandelt wurden. Unter 100 genau beobachteten Fällen trat in 8 Fällen in den nächsten Tagen keinerlei Anfall mehr auf, 5 der kleinen Patienten erblieben überhaupt gänzlich von Rückfällen verschont. In 2-3 Tagen geheilt waren 7, in weniger als 20 Tagen 23. In 20 Fällen wurde eine wesentliche Erleichterung der Anfälle konstatiert, das Erbrechen, Nasenbluten und zeitweilige Wegbleiben der Kinder hörte auf. Am größten waren die Resultate in ganz alten und ganz frischen Fällen. Es scheint also zweifellos, daß der Keuchstufens durch Pulvereinblasungen in die Nase gemindert und abgekürzt werden kann. In 75 pCt. der beobachteten Fälle ist dies erwiesen, doch schließt die Behandlung selbstverständlich nur dann gegen Rückfälle, wenn sie nicht zu früh wieder ausgeföhrt wird.

Wie man Porto reparieren kann. Bei Sendungen über 20 Meilen (3. bis 6. Zone) lassen sich durch zweckmäßige Verpackung resp. durch Eintheilung der zu versendenden Gegenstände in mehrere Pakete nicht unerhebliche Portoverparnisse bewirken. Es beabsichtigt beispielsweise Jemand, mehrere Gegenstände im Gewicht von zusammen 10 Kilo (20 Pfund) zu versenden und formirt hiervon nur ein Paket, so zahlt derselbe an Porto: innerhalb der dritten Zone (bis 60 Meilen) 1,50 M., innerhalb der vierten Zone (bis 100 Meilen) 2 M., innerhalb der fünften Zone (bis 150 Meilen) 2,50 M. und innerhalb der sechsten Zone (über 150 Meilen) 4 M., während, wenn die betreffenden Gegenstände in zwei Paketen zur Versendung gelangen, das Porto für alle (2x50 Pf.) 1 M. betragen würde. Die geringe Mühe, zwei Pakete anzufertigen (man kann drei Pakete auf eine Belegadresse bringen), würde sich im vorerwähnten Falle z. B. bei einer Sendung aus 6. Zone mit 2 M. Portoverparnis bezahlt machen, und es wird leicht sein, unter Benutzung der obigen Portotabelle eine vortheilhafte Paket-eintheilung zu treffen. Schließlich sei noch bemerkt, daß seitens des Publikums es vielfach verkannt wird, aus Sparsamkeitsrücksichten Pakete werthvollen Inhalts unter Werthangabe zu versenden. Dabei wissen Viele nicht, daß die Gebühr hierfür bis zu 600 Mark nur 10 Pf. beträgt.

Bekanntlich bemühen die Bewohner des Wedding sich eifrig um die Beseitigung der Abdeckerei. Die Agitation soll weite Kreise unserer städtischen Bevölkerung ergriffen und

überall gute Aufnahme gefunden haben. So haben sich dem Vorgehen der Bedingebewohner auch die Kirchhofs-Vorstände der hier gelegenen vier Friedhöfe angeschlossen und sind in dieser dringlichen Angelegenheit beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden. Die Friedhöfe würden durch die Nähe der Abdeckerei entwürdigt. Die Schemen, in der die Knochen lagern und die entsehlige Gerüche verbreite, sowie unmittelbar an die Leichenhalle des Domfriedhofes und es sei eine dringende Forderung dieses Vergerniß hier zu beseitigen. Ebenso soll der Magistrat entschlossen sein, in dieser Angelegenheit vorzugehen wegen der hier gelegenen Unterrichtsanstalten, des Hospitaler und der Armenanstalt in Daldorf. Von anderer Seite wird das Polizeipräsidenten ersucht, dahin zu wirken, daß der bisher zur Fortschaffung der verendeten Thiere benutzte sogenannte Schinderkarrn beseitigt und ein geschlossener Wagen zu diesem Zwecke benutzet werde. Es wird darauf hingewiesen, daß der Anblick der auf dem Karren liegenden verendeten Thiere, die nur unvollkommen bedeckt seien, häßlich sei, ja verlegend wirke, wenn es der Zufall fügen, daß der Karren vor oder hinter den die Müllerstraße benutzenden vielen Leichenwagen sich befinde.

Die Inhaber von Restaurationen mit Damenbedien befinden sich in arger Nothen. Kaum ist die für sie so wichtige „Kellnerinnenfrage“ vom Polizeipräsidenten, wenn auch nicht im Sinne und den Wünschen der Petenten entsprechend, entschieden und erledigt worden, so drängt sich schon wieder eine neue „brennende Frage“ in den Vordergrund, nämlich die Frage, wann die resp. Gäste nach Eintritt der Polizeistunde (11 Uhr Abends) die Restaurationen mit Damenbedienung verlassen haben müssen. Zu Beginn des Jahres hatte sich der Verein Berliner Restaurateure petitionierend an das Polizeipräsidenten gewandt, um eine Verlängerung des Geschäftsbetriebes bis um 12 Uhr Nachts zu erreichen. Diese Petition wurde jedoch vom Polizeipräsidenten abschlägig entschieden, indessen verfügt, daß den betreffenden Gästen nach der festgesetzten Polizeistunde eine Viertelstunde Zeit zum Verlassen des Lokales verbleiben solle. Diese Verfügung ist aber außer Kraft getreten zu sein, da in neuerer Zeit Inhaber von Restaurationen mit Damenbedienung wiederholt in Streit genommen worden sind, weil sie innerhalb der garantierten Frist nach der festgesetzten Polizeistunde (11 Uhr Abends) Gäste in ihrem resp. Lokale geduldet haben, auch die unteren Polizeibehörden, welche die Kontrolle ausüben, von einer Verfügung des Polizeipräsidenten vorerwähnten Inhalts nichts zu wissen erklärten. Wie verlautet, sollen demnächst von den Interessenten Schritte gethan werden, um Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen, was im Interesse sowohl der Restaurateure wie auch ihrer Gäste dringend zu wünschen wäre.

Hundemoden. Auch bei uns findet man wohl ab und zu auf den Straßen die vierfüßigen Lieblinge unserer Herren- und Damenwelt bei kälteren Wetter mit einer schützenden Decke versehen oder Moppi zeigt sich im Schmutz einer solletten bunten Schleife, zu jenem Wahnsinn der Hundevergötterung aber, wie er in Paris betrieben wird, haben wir es, „Gott sei Dank“, doch noch nicht gebracht. So schreibt man der „Wiener Illustrierten“ über Hundemoden aus Paris: „Die neuen Winter-Modellen für die kleinen und großen Lieblinge Rabanes und Monstours sind bereits zu Tage gefördert. Für Schoßhunde ist das Neueste eine Promenadenhülle in buntem Peluche, die mit Pelzwerk verbrämt, dazu für Sturmzüge die gleiche Peluze, die mit Bindbändern besetzt wird und Pluto und seinen Gefährten Kopf und Ohren wärmt. Für mächtige Temperatur sind pliffierte Decken in karriertem und gestreiftem Flanell modern, die mit solletten Schleifen am Unterleibe zusammengebunden werden. Besonders elegante Hunde tragen am Morgen, nachdem sie gewaschen und frisiert worden, Stummelmäntel in Battist oder Reinen, welche sie vor den schädlichen und beschämenden Wirkungen der Außenwelt hüten. Die Hunde-Kollieren sind nun zumieist aus Bandschleifen gebildet, zarte Geschöpfe sehen ihren Hals von Spigenrüschen umrahmt für große Hunde ist das Rehllederhalsband, mit Blumen eingestickt, das neueste. Die Junglinge kommen mehr und mehr ab, dieselben sind leider allzu oft bei unausweichlichen Kaufhändlern verloren gegangen. Weiblichen Schoßhündchen bindet man nicht selten ein buntes Seidenhalschen um den Hals, in dessen Mitte der Name des Thieres eingestickt erscheint. Mehrere Pariser Häuser kündigen komplette Hund- Trouvaux zum Preise von fünfzig bis hundert Franken an.“ — Man sieht hieraus am besten, bis zu welchem Grade der mühevolle Besitz die Bourgeoisien dann übermüthig und verriecht macht.

Ein Verkehrs-Unfall, der für die Zuschauer entsehlend ausfiel, als er sich in seinen Folgen gestaltete, ereignete sich am Mittwoch Nachmittag in der Draniensstraße unweit dem Fuhrwerke eines in der Mantuffelstraße wohnenden Milchhändlers. Der Führer des Milchwagens schien geschlafen zu haben und stürzte in Folge des Ruckes von seinem Gesetze; hierbei gerieth er mit den Beinen in die Scheiben eines Radels und wurde, da sein Pferd weiter ging, mit dem Kopf am Boden liegend eine Strecke weit fortgeschleift, wobei er sich eine bestig blutende Verletzung am Halse und an der einen Seite des Kopfes zuzog. Als man den Verunglückten aufhob und unter Assistenten eines Schwerkamms zu einem Heiligthum bringen wollte, leistete der Verlegte entschieden Widerstand, so daß gegen ihn gelinder Zwang angewendet werden mußte. Die Verletzungen am Halse erwiesen sich zum Theil als recht bedenklich.

Ueber eine Gasexplosion wird uns berichtet: Als sich gestern Morgen 8 Uhr der bei dem Hof-Kürschnermeister Salbach, Unter den Linden 70, in Dienst stehende Hausdiener Paul Nolte in den nach der Straße zu belegenen Geschäftsraum begeben wollte, bemerkte er plötzlich einen penetranten Gasgeruch. Um die Ursache zu ermitteln, zündete derselbe ein Streichholz an und hielt in dem Geschäftsraume Umschau. Als er mit dem Ründholz dem Schaufenster nahe kam, explodirten die dort angesammelten Gase unter heftiger Detonation. Nolte wurde zu Boden geschleudert, während seine Kleider, theilweise auch der Inhalt des Schaufensters, Feuer fingen. Auf das Hilffeschrei des Hausdieners eilten Hausbewohner herbei, deren vereinten Bemühungen es gelang, den Brand zu unterdrücken und den verunglückten N. ins Freie zu schaffen. Hier stellte es sich heraus, daß N. so schwere Brandwunden erlitten, daß er sofort in die königl. Charité eingeliefert werden mußte. Eine Revision der Feuerwehrr war, da das eigentliche Feuer nur geringe Dimensionen angenommen, nicht nöthig.

Eine fatale Ueberraschung wurde einem in der Potentianenstraße wohnhaften Beamten, welcher zugleich Rizeroth des Hauses ist, am 2. d. Mts. Abends, dadurch bereitet, daß ein Unbekannter einen frisch ausgegrabenen Menschenschädel vor seine Stubenthür gelegt hatte.

Polizei-Vericht. Am 3. d. Mts. Vormittags stürzte auf dem Neubau in den Alten Str. 22 der Maurer Ginge beim Abbrechen eines Gerüsts von demselben auf die Balken herab und erlitt einen Bruch des Halsbeins. Er wurde nach der Charité gebracht. — Gegen Abend wurde auf dem Altbergesteig vor dem Hause Draniensstraße Nr. 81-82 die 87-jährige alte Hospitälitin Spay durch einen in den Thorenweg einfahrenden schweren innere Verletzungen, so daß sie nach dem Krankenhauste nach Bethanien gebracht werden mußte. — Abends wurde auf einem Heuboden des Grundstücks Bellermannstraße 81 ein Mann erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht. — Als am Nachmittag desselben Tages die für das 8. Pommersche Infanterie-Regiment Nr. 61 hier aufgestellten Rekruten auf dem Vorplatz des Schlesischen Bahnhofs aufgestellt wurden, um mittelst Extrazuges nach Thorn zu werden, hatten sich mehrere Hunderte von Personen vor selbst angeammelt. Einige geriethen dabei mit einem der zum

Transport Kommandanten Unteroffiziere in Streit und griffen denselben thätlich an, so daß die anwesenden Polizeibeamten gegen sie einschreiten mußten. Leider entkamen die Hauptthäter in der Menge.

Gerichts-Zeitung.

Zur Kennzeichnung der Privatindustriellen Zucht- hausarbeit lieferte eine Verhandlung, die gestern vor dem fünften Strafkammer hiesigen Landgerichts stattfand, einen nach mancher Richtung hin nicht uninteressanten Beitrag. Vor den Schranken des Gerichts stand ein 23-jähriger junger Mann, der trotz seiner Jugend eine große Reihe von Vorstrafen hinter sich hat. Sein ungeliebter Hang, sich an dem Eigentum anderer zu vergreifen, hatte ihn von seinem zwölften Jahre an mit allen Strafmitteln des Gesetzes Bekanntheit machen lassen. In dem Strafmittel der Zucht- hausarbeit wurde er verurtheilt. Seine Strafzeit lief in diesem Herbst ab, und schon zulezt war er zu einer dreijährigen Zucht- hausstrafe verurtheilt worden. Seine Strafzeit lief in diesem Herbst ab, und schon dachte er an die Freiheit, da trat ein Ereignis ein, das ihn von neuem mit den Gerichten in Konflikt brachte. Das Jellen- gefängnis in Moabit, wo er inhaftiert war, hatte die Arbeits- kasse eines Theiles seiner Inhaftierten an den Fabrikanten Elias Bär vermietet, der im Gefängnis Schirmstöcke herstellen ließ. Die Schirmstöcke wurden in einer mechanischen Fabrik zunächst in rohen Zuständen hergestellt, und dann im Gefängnis weiter bearbeitet und fertiggestellt; in jeder Zelle stand eine Drehbank. Zu den unfreien Arbeitern des Herrn Bär gehörte auch jener erwähnte junge Mann. Er führte sich gut, und so kam es, daß ihm gegen das Ende seiner Strafzeit die Dienstleistungen eines Hilfsfaktors übertragen wurden. Er konnte die traurige Einsamkeit seiner Zelle verlassen, denn er diente dem Fabrikanten dazu, das Arbeitsmaterial an die einzelnen Häftlinge zu verteilen. Eines Tages erschien dieser Hilfsfaktor bei dem Direktor dieser Anstalt, Herrn Krohne, und brachte eine Beschwerde über den Fabrikanten Elias Bär an; derselbe habe ihn ohne jeden Grund geschimpft, ihn Schafskopf u. s. w. genannt und er habe um Schutz gegen solche Ueberriffe. Einige Zeit später beschwerte er sich noch einmal sehr lebhaft. Der Direktor ließ den Fabrikanten holen und fragte ihn, wie es sich denn eigentlich in Wahrheit mit diesen Angaben verhalte. Herr Elias Bär erwiderte, es sei an alledem kein wahres Wort, er hätte zu dem Hilfsfaktor nur gesagt, ich müßte ja ein rechter Schafskopf sein, wenn ich das und das thäte; auch wollte er den Beschwerdeführer nicht bei der Vertheilung von Arbeit benachteiligt haben, wie jener noch behauptet hatte. Da der Direktor den Charakter des Hilfsfaktors dahin beurtheilte, daß er wohl im Allgemeinen gutmüthig sei, aber auch äußerst leidenschaftlich und jähzornig werden könne, wenn er gereizt sei, so sagte er zu dem Fabrikanten, er solle den Sträfling doch nicht mehr aus der Zelle herausnehmen. An diesen beiläufigen Rath hielt sich der Fabrikant und theilte dem Gefangenenwärter mit, daß der Direktor dem Sträfling den Posten als Hilfsfaktor entzogen habe. Von diesem Tage an war es mit all den kleinen Freiheiten vorbei, die der Sträfling bis dahin genossen hatte; selbstverständlich vermuthete er, daß Niemand anderes als Bär diesen Wechsel veranlaßt habe und sammelte eine ungeheure Wuth gegen den Fabrikanten auf. Er beschloß, die Verleumdungen und Schmälerungen zu rächen, die jener seiner Meinung nach ihm angethan hatte. Am 9. September d. J. kam Bär in die Zelle, wo sein Feind saß, um Anweisungen über Arbeit zu geben. Daraus hatte der Sträfling gelauert, er mußte geschickt dem Fabrikanten in den Rücken zu kommen, schloß die Thür und schlug dann mit einem sogenannten Frauentriller von der Drehbank Bär mehrere Male auf den Kopf, so daß dieser die Besinnung verlor und zu Boden stürzte; als er nach einigen Sekunden wieder zur Besinnung kam, kniete der Sträfling auf ihm und bearbeitete ihn mit den Fingern. Auf sein jämmerliches Hilsegeschrei kamen einige Wärter hinzu, welche den vor Wuth halb tolen jungen Menschen in die Zwangsjacke steckten; hierauf wurde er auf Anordnung des Direktors in Ketten gelegt und blieb fünfzehn Tage und Nächte so. Herr Bär lag neun Tage lang zu Bett und war dann wieder hergestellt, nur will er seit jener Szene etwas schwerhörig geworden sein. Auf den Sträfling fiel noch eine andere Strafe, die ihn hart genug traf. Seine ganze Arbeitsprämie in den drei Jahren, 22 M. 82 Pf. wurde ihm entzogen, weil nach einer ministeriellen Verfügung diese Prämie fortfällt, wenn ein Sträfling vor Ablauf seiner Strafzeit sich eines Vergehens schuldig macht. Hierzu kam noch die gerichtliche Strafe in Gestalt von neun Monaten Gefängnis, zu welcher das Schöffengericht ihn wegen Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeugs verurtheilte. Hiergegen hatte der Verurtheilte Berufung eingelegt und bat gegen um eine mildere Strafe. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß das erstinstanzliche Urtheil auch nach der Höhe des Strafmaßes hin aufrecht erhalten werden müsse. Er charakterisirte den Angeklagten als einen gewaltthätigen, rohen Patron, der so oft bestraft sei, daß man ihm kein zartbesaitetes Gemüth zutrauen könne, welches gegen Ehrenränkungen besonders empfindlich sei. Der Gerichtshof gelangte jedoch zu der Ueberzeugung, daß der erste Richter bei der Strafmaßbestimmung nicht in Rechnung gezogen habe, daß der Angeklagte durch den Fabrikanten gereizt worden sei und ermäßigte deshalb die Strafe auf 6 Monate Gefängnis.

Zu der Wiederaufnahmesache gegen den Schlächtermeister Gustav Hoffmann wegen Gattenmordes ist dem Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Salomon, in Folge der in der Presse gemachten Mittheilungen schädenswerthes Material zugeflossen. Von einem Herrn C. A. und einer verm. Kaufmann B. sind dem Verteidiger verschiedene Aufzeichnungen der verstorbenen Frau Hoffmann, welche die Wahrscheinlichkeit eines von derselben geplanten Selbstmordes darthun, zur Kenntniß gebracht worden. U. a. erbiethen sich beide Personen, zu beschwören, daß ihnen gegenüber Frau Hoffmann vor etwa 6 Jahren, als sie in Neu-Weissensee wohnte, erklärt habe: „Sie würde sich, sollte ihr Mann sie noch einmal schlagen, entweder mit Arsenik vergiften oder zum Fenster hinauswerfen, damit es dann heißen solle, ihr Mann habe dies gethan.“ — Eine Frau U. v. W. hat sich erboten, dieselben den Hoffmann entlassende Angaben zu machen, ohne dieselben zunächst näher zu qualifiziren. Sie wünscht, daß Herr Rechtsanwalt Dr. S. sie selbst über ihre Wissenschaft zur Sache eingehend vernehme. Die Mittheilungen von mehreren anderen Personen sind für die Wiederaufnahme ohne Bedeutung. Selbstverständlich wird der Verteidiger der Frau v. W. die erwünschte Gelegenheit geben, ihre Bekundungen zu machen, und alsdann in einem Nachtrage zu dem eingereichten neuen Wiederaufnahmeantrage die bekannt gewordenen Beweismittel dem Gerichte behufs deren Erhebung unterbreiten. — Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeantrages beschlossen und die angebotenen zahlreichen neuen Beweise erhoben werden.

Mit der sogenannten „Mischbutter“ wird, wie sich aus dem gestern vor Gericht vom Chemiker Dr. Bischoff erstatteten Gutachten ergab, hier ein ganz schwunghafter Handel getrieben, denn vielfach laden die Plakate zum Ankauf von „Holländischer Guts-Mischbutter“, „seiner holländischer Guts-Mischbutter“, „bayerischer Mischbutter“ und dergleichen ein. Aus dem Gutachten des genannten Chemikers war aber auch zugleich zu entnehmen, daß in Bezug auf diese Butterpezies ein arger Mißstand besteht, da dieselbe in den meisten Fällen höchstens 8 pCt. Kuhbutter und 92 pCt. Kunstbutter (Margarinbutter) enthält. Es ist dies ein solches Mißverhältniß, daß man bezeichnen könnte die gewöhnliche Kunstbutter als „Mischbutter“ den Standpunkt, daß bei einem solchen Mischmasch der Name „Mischbutter“ doch wohl 50 pCt. Kuhbutter verlangen könne. Das Polizeipräsidium hat deshalb gegen den Verkäufer einer so zusammengesetzten „Mischbutter“, der dieselbe von einem großen Fabrikanten bezogen, die Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz veranlaßt und der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 Mark. Es wurde nun aber festgestellt, daß der Händler diese Butter laut Faktura von einer im Großen arbeitenden Fabrik als „Mischbutter“ bezogen und auch als solche wieder verkauft hatte; ebenso ergab sich, daß der Kampf gegen diese Butter erst neueren Datums und die vom Chemiker Dr. Bischoff angeregte Polizeiverordnung noch nicht erlassen worden ist und aus allen diesen Gründen mußte das Schöffengericht auf Freisprechung des Angeklagten erkennen.

Wegen des „Sprenger Landfriedensbruchs“ wird gegen einen Theil der Angeklagten vom 8. bis 13. d. M. vor dem Landgericht, gegen einen anderen vom 15. d. M. ab vor dem Schwurgericht zu Kottbus verhandelt werden. Nach dem „Kottb. Anz.“ sind zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Landgerichtsgebäude umfassende Sicherheitsmaßregeln angeordnet worden. Außer den Gerichtsdienern und Gendarmen, welche für die ungestörte Ruhe in den inneren Räumen zu sorgen haben, wird für den Sicherheitsdienst außerhalb des Gebäudes Militär requirirt werden. Dasselbe ist angewiesen, Ausschreitungen jeglicher Art zu verhindern. Der Eintritt in den Zuschauerraum ist nur denjenigen gestattet, welche sich im Besitz einer Eintrittskarte befinden und muß die Ertheilung einer solchen vorher durch schriftlichen Antrag nachgefragt werden.

Mannheim, 2. November. (Strafkammer.) In der Anklagesache wider die Vorstände der aufgelösten Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, nämlich gegen 1. den 29 Jahre alten Schlosser Wilhelm Häsler, 2. den 34 Jahre alten Redakteur und Wirth Jakob Willig hier und 3. den 33 Jahre alten Schlosser und Wirth Johann Müller in Mutterstadt wegen Untreue hat die Strafkammer des Landgerichts folgendes Urtheil, welches heute früh 11 Uhr verkündet wurde, erlassen:

Die Angeklagten Willig und Häsler sind der Untreue im Sinne des § 266 R.-St.-G.-B. und Müller außerdem wegen konfurrirter Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder schuldig und wird deshalb jeder der Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, sowie zu je einem Drittel der Kosten des Verfahrens unter sammtverbindlicher Haftbarkeit verurtheilt.

Aus den Entscheidungsgründen, deren Verlesung durch Herrn Landgerichtsdirektor Bassermann nahezu eine halbe Stunde in Anspruch nahm, heben wir folgendes hervor: Durch das Ergebnis der Voruntersuchung, der Hauptverhandlung, ferner durch das Gutachten des Sachverständigen, durch die Aussagen der Zeugen, sowie durch das theilweise Geständnis der drei Angeklagten ist folgendes festgestellt: Im Dezember 1884 wurde die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands auf dem Kongress in Oera gegründet. Zum Borort wurde Mannheim, zum 1. Vorsitzenden W. Häsler, zum 2. Vorsitzenden J. Willig und zum Hauptkassier J. Müller gewählt. Nach § 2 der Statuten war der Zweck des Vereins, die Ehre und Interessen der Metallarbeiter zu wahren, namentlich durch Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, besonders in Bezug auf Arbeitspreis und Arbeitszeit, Unterstützung bei Maßregelungen, Streikfällen u. s. w., Gründung einer Kasse für Arbeitslose, Bekämpfung der Kinder- und Frauenarbeit u. s. w. Der § 8 der Statuten besagt, daß die Einnahmen der Vereinigung aus den Einschreibegeldern, laufenden Beiträgen; Zinsen aus angelegten Geldern und etwaigen Extrabeiträgen bestehen. Nach § 9 betrug das Einschreibegeld 50 Pf., der wöchentliche Beitrag 10 Pf., von den Einschreibegeldern waren 25 Pf., von den wöchentlichen Beiträgen 5 Pf. an die Kasse abzuliefern. Der Ausschuss bestand aus 7 Mitgliedern, und zwar aus einem 1. und 2. Vorsitzenden, einem Hauptkassier, dessen Stellvertreter und 3 Beisitzern. Nach § 12 geschah die Wahl der Vorsitzenden durch die Generalversammlung. Der Ausschuss hatte namentlich den Verein Dritten gegenüber zu vertreten, für richtige Anwendung der Statuten, der Ausführung der Beschlüsse Sorge zu tragen, Kassenangelegenheiten zu ordnen, Gelder zu belegen und zu erheben, einen vierteljährlichen und jährlichen Kassenbericht zu veröffentlichen, Generalversammlungen einzuberufen, Unterstützungen zu bewilligen und statistische Erhebungen anzustellen. Nach § 15 hatte der Vorsitzende die Korrespondenz zu führen, den Verein in allen Angelegenheiten zu vertreten, alle Schriftstücke, Erlasse und Bekanntmachungen der Generalversammlung und des Ausschusses zu unterzeichnen. Das Amt des ersten Vorsitzenden und Hauptkassiers war nach § 16 besoldet und zwar wurde das Gehalt von der Generalversammlung festgesetzt.

Am 2. Juni d. J. wurde eine von dem Angeklagten Häsler verfaßte Druckschrift des Vereins „Aufruf und Abrechnung der Hauptkassier für 1. Quartal 1885“ verboten; gegen dieses Verbot legten Häsler und Willig Beschwerde ein, welche jedoch von der Reichskommission unterm 24. Juni d. J. als unbegründet verworfen wurde. Es folgte die Auflösung der Vereinigung auf Grund des § 1 des Sozialistengesetzes und am 13. August vor. J. die Bestätigung derselben durch den Landeskommissar für die Kreise Mannheim-Heidelberg-Neubach, und zugleich die Beschlagnahme der Vereinskasse; hierbei fand sich in der Kasse ein Barbestand von 8 Pf. vor. Die Untersuchung des Vermögensstandes ergab folgendes: Die Einnahmen der Vereinigung betrugen 3579 M. 95 Pf.; an Unterstützung wurden im Ganzen 80 Pf. ausbezahlt; der Kassenvortrag bei der Beschlagnahme bestand in 8 Pfennigen, so daß die Ausgaben, welche lediglich durch Verwaltungskosten verursacht wurden, sich auf 3579 M. 6 Pf. belaufen. Nach dem Gutachten des Sachverständigen hat der Angeklagte Häsler allein für Gehalt und Reisen 200 M., und Müller für Beschaffung statistischen Materials und Reisen 200 M., und Müller für Gehalt und Zeitverlust 183 M., also zusammen nahezu ein Drittel der Gesamteinnahmen; weitere Beträge wurden an die Beisitzer und Mitglieder der Kontrollkommission bezahlt. Dieser ungunstige Vermögensstand und die in letzter Zeit an die Angeklagten gemachten großen Zahlungen mußten selbstverständlich auffallen und wurde deshalb in Herrn Kaufmann Hopps ein Liquidator bestellt; die Sache erschien um so sonderbarer, als auch insbesondere die Kopirbücher verschwinden waren. Es wurde Untersuchung eingeleitet, und durch Eröffnungsbeschluss des Oberlandesgerichts ausgesprochen, daß gegen die 3 Angeklagten Anklage zu erheben sei, weil sie als Bevollmächtigte, nämlich als Ausschussmitglieder der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands über Vermögensstücke ihrer Auftraggeber absichtlich zu deren Nachteil verfügt haben, indem sie im Juli vorigen Jahres statutenwidrig folgende Beträge der Vereinskasse entnahmen und zu ihrem eigenen Nutzen verwendet haben: 1) Häsler 2 mal 120 M., angeblich als Gehalt pro Juli resp. August, ferner 70 M., angeblich als Gratifikationen für Beförderung der Kassen- und Mitgliederbücher, und 33 M. zu Agitationszwecken, zusammen 343 M.; 2) Willig 120 M., angeblich zur Beschaffung statistischen Materials, ferner 70 M. und 10 M. für eine Agitationsreise nach Kall resp. Speyer, zusammen 200 M.; 3) Müller 150 M. und 25 M., angeblich als Gehalt, zusammen 175 M.

Die Anklage behauptet nun, daß in 5 Fällen eine Untreue resp. Unterschlagung vorliege und in je 1 Falle von Seiten des Angeklagten Häsler und in je 1 Falle von Seiten der Angeklagten Willig und Müller. Was zunächst den Angeklagten Häsler betrifft, so giebt er zu, daß er das Gehalt pro Juli und August erhalten habe und daß er am 8. Juni bereits als erster Vorsitzender abgesetzt wurde. Er macht geltend, daß er trotz seiner Absetzung das Gehalt pro Juli und August beanspruchen konnte und auch rechtmäßig bezogen habe,

weil er die Geschäfte der Vereinigung bis zur Auflösung an Stelle des zu seinem Stellvertreter ernannten Willig befohlen habe, und weil ihm Willig den Fortbezug des Gehaltes trotz seiner Absetzung zugesichert habe und im Uebrigen der Ausschuss ja berechtigt gewesen sei, das Gehalt des ersten Vorsitzenden und des Hauptkassiers für das erste Jahr zu fixiren. Was weiter die 70 M. betrifft, so hat Häsler in Bezug auf dieselben verschiedene Aussagen gemacht. Nach seiner letzten Aussage habe er von diesen 70 M. nur 60 M. erhalten, 30 davon als Unterstützung nach Zeit an eine Wwe. Schröder gefandt, die anderen 30 M. deponirt. Was schließlich die 33 M. anbelangt, so will Häsler diese zu einer Agitationsreise nach Billingen ausbezahlt erhalten und verwendet haben. Die Beweisaufnahme hat die Wahrheit dieser letzten Behauptung des Häsler ergeben, während alle anderen Aussagen auf Unwahrheit beruhen. Die Gehaltsfrage betreffend ist in den Statuten lediglich bestimmt, daß der erste und zweite Vorsitzende ein Gehalt beziehen solle; es findet sich aber zugestandenemal nichts in dem Beschlusse im Statut, daß dem Ausschuss das Recht zwischen solle, dieses Gehalt für das erste Jahr zu fixiren. Die Angeklagten behaupten zwar, ein solcher Beschlusse sei thatsächlich gefasst worden, dessen Aufnahme in das Statut aber aus Versehen unterblieben. Das Gehalt Häslers wurde zuerst auf 70, später auf 120 M. fixirt. Nun ist aber festgestellt, daß Häsler am 8. Juli als 1. Vorsitzender abgesetzt und Willig zu dessen Stellvertreter ernannt wurde; trotz der Absetzung hat nun Häsler für die Monate Juli und August das Gehalt mit je 120 M. fortbezogen, also widerrechtlich; denn wenn Häsler auch sagt, Willig habe ihm das Recht des Fortbezuges des Gehaltes zugesprochen, so ist darauf zu erwidern, daß Willig durchaus nicht dazu berechtigt war. Es existirt auch im Protokoll kein Beschlusse darüber, daß Häsler trotz seiner Absetzung das Gehalt fortbezogen solle und wenn Häsler sich auf ein Protokoll vom 18. Juli 1885 bezieht, in welchem sich die Bestimmung findet, daß das Gehalt pränumerando zu zahlen sei, so ist dies ebenso statutenwidrig bestimmt. Es geht aber aus dem Protokoll hervor, daß dieses gefälscht ist. Worin ferner die großen Arbeiten, die Häsler für die Vereinigung befohlen haben will, bestanden haben sollen, ist nicht ersichtlich, da insbesondere das Kopirbuch verschwinden ist. Es ist aber andererseits festgestellt, daß die Arbeiten gerade in den Monaten Juli und August nur sehr gering und auf ein Minimum herabgesunken waren; auch ist es unbegründlich, warum Willig für eine so geringe Thätigkeit dem Häsler ein so hohes Gehalt bewilligt haben soll, namentlich wenn man die geringen Einnahmen des Vereins in Betracht zieht. Die Angeklagten wußten schon damals, als das Verbot der von Häsler verfaßten Druckschrift erging, daß die Auflösung der Vereinigung nachfolgen werde; deshalb waren sie bestrebt, die Kasse zu leeren und wie aus der Hauptverhandlung hervorgeht, zunächst für sich selbst zu sorgen; deshalb mußte auch das Gehalt pränumerando ausbezahlt werden. Das geht am deutlichsten hervor aus dem von Häsler verfaßten Aufruf vom 18. August v. J., in welchem die auswärtigen Mitglieder aufgefordert werden, alle Gelder zu beiseigigen und mit Quittungen zu belegen; man scheute sich also nicht, selbst mit Fälschungen vorzugehen und Alles zu thun, um der Verwaltungsbehörde die Gelder zu entziehen. Es erscheint demnach für erwiesen, daß Häsler widerrechtlich 2 mal 120 M. bezogen hat und es zeigt sich deutlich, daß Häsler nicht das Beste des Vereins, sondern nur sein eigenes Interesse im Auge hatte.

Bezüglich des Angeklagten Willig geht die Schuld dahin, daß er der Kasse 120 M. veruntreut hat. Er behauptete, daß er im Februar oder März vorigen Jahres vom Ausschuss mit der Beschaffung statistischen Materials beauftragt und ihm hierfür 120 M. bewilligt worden seien. Nun heißt es allerdings in einem Protokoll, die Aufstellung der Statistik wird beschlossen und einstimmig genehmigt, und später wird, um sich unverdächtig zu machen, nochmals wiederholt, die Aufstellung der Statistik wird einstimmig beschlossen. Beide Protokolle rühren aber sonderbarer Weise nicht von der Hand des eigentlichen Schriftführers Grömer in Ludwigshafen her, sondern sind von Häsler geschrieben und von ihm und Willig unterzeichnet. Diesen Umstand können die beiden Angeklagten nicht erklären; es ist demnach zweifellos, daß beide Protokolle gefälscht sind. Verschiedene Zeugen behaupten zwar, daß schon Anfang 1885 Willig beauftragt worden sei, statistische Erhebungen zu machen, aber ein diesbezüglicher Beschlusse findet sich nirgends. Das von Willig übrigens vorgelegte statistische Material steht mit den Interessen der Vereinigung der Metallarbeiter in gar keiner Verbindung.

Der Angeklagte Müller verzieltete am 28. Februar 1885 auf das Gehalt; aber unterm 8. Juli, also in einer Zeit, wo die Angeklagten um die bevorstehende Auflösung der Vereinigung wüßten konnten, findet sich ein Protokoll, monach dem Angeklagten Müller als Gehalt 25 M. bewilligt werden und zwar mit rückwirkender Kraft; er hat demnach widerrechtlich 125 M. aus der Kasse entnommen.

Der Thatbestand des § 266 R.-St.-G.-B. liegt gegen die 3 Angeklagten vor, denn dieselben haben in der That in der Eigenschaft als Bevollmächtigte über Vermögensstücke ihrer Auftraggeberin widerrechtlich und zu deren Nachteil und in der Absicht rechtswidriger Zuignung gehandelt und sind deshalb wegen Untreue zu bestrafen. Von der Anklage wegen Unterschlagung, resp. Beihilfe hierzu, sind die Angeklagten Häsler und Willig freizusprechen, Müller dagegen neben der Untreue auch der Unterschlagung für schuldig zu erkennen.

Hirschberg, 1. November. (Jugendlicher Missethäter.) Die hiesige Strafkammer hatte sich vorgefunden mit der Anklage gegen einen 13-jährigen Schulknaben zu beschäftigen, der sich einer schweren Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeugs schuldig gemacht hatte. An einem Tage des April d. J. traf der Knabe Carl S. den ihm von früher her bekannten Arbeitersohn G. von hier und, ohne irgend eine Veranlassung zu haben, vertrat er ihm den Weg und überhäufte ihn mit Schimpfnamen. G., der sich dies nicht gefallen lassen wollte, drang auf ihn ein, da zog S. schnell ein Taschenmesser vor und, ehe G. es sich versah, hatte er ihm dasselbe mit einer solchen Kraft in ein Auge gestochen, daß es darin stecken blieb und erst später herausgezogen werden konnte. Nach Aussage des den Knaben behandelnden Augenarztes Dr. Meyhofer aus Görlitz ist das Auge, obgleich G. jetzt noch ein wenig darauf sieht, unbedingt verloren und das Sehvermögen nur für kurze Zeit noch zu erhalten. Der Staatsanwalt beantragte, misdernde Umstände nicht anzunehmen und den S. zu 1 Jahr Gefängnis zu verurtheilen. Der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage an.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Mechaniker, Optiker u. c. hielt am Mittwoch, den 3. d. M., in Nietz's Salon, Kommandantenstraße, unter Vorsitz des Herrn Spieß eine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Stahn hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Elektrizität und Magnetismus“, an den sich eine längere Debatte und Fragebeantwortung anschloß. Unter „Verschiedenes“ kamen die Zustände in der Telegraphenfabrik von Georg Wehr, Alte Jakobstraße, nochmals zur Sprache, die bereits eine frühere Versammlung beschäftigt haben. Der Vorsitzende der Fabrik, Herr Valenow, war zugegen und machte einige Angaben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in einem gewissen Gegensatz zu den Angaben standen, welche der Prinzipal selber in einem Briefe an den Fachverein mitgetheilt hatte. Unter Androhung, ein gerichtliches Verfahren anhängig zu machen, hatte Herr Wehr bestritten, zwanzig Lehrlinge und zwanzig Gehilfen zu beschäftigen. Er wollte 10 Lehrlinge und 40 Gehilfen haben. Herr Valenow wußte nur von 20 bis 30 Gehilfen zu sprechen und

erhöhte die Zahl der beschäftigten Lehrlinge auf zwölf. Während er zunächst die von anderer Seite an ihn gerichtete Frage, ob nicht einige der Lehrlinge des Sonntags und nach Freitagsabend zu halben Akkordtagen in dieser Werkstatt arbeiten, unentschieden und zögernd in unklarer Weise beantwortet hatte, kam er zum Schluss dazu, diese Angaben zu bekräftigen, nachdem er erfahren hatte, daß das Gesetz diese Ausnützung jugendlicher Arbeitskräfte bestrafe. Den wöchentlichen Minimallohn gab er auf 15 M. an und behauptete, daß jeder Gehilfe 40 Pf. pro Stunde verdienen könne. Nähere Angaben vermochte oder wollte Herr Basseval nicht machen; nur konstatierte ein Herr, der in der Wehr'schen Werkstatt ausgebildet hat, daß er dort sehr wenig gelernt habe. Damit war die Sache erledigt. — Beschlossen wurde noch, daß kranke Mitglieder bei einer Dauer der Krankheit von mindestens vier Wochen vom Beiträge befreit sein sollen. Außerdem wurden fünf Ersatzwahlen für das Vergnügungs-Komitee vollzogen.

Der Fachverein der Steinträger Berlins veranstaltet am Sonntag, den 7. November, die „Tonhalle“, Friedrichstraße 112, zum Besten kranker, hilfsbedürftiger Mitglieder eine große Matinee, wozu Freunde und Kollegen freundlichst eingeladen sind. Kaffeeöffnung 10½ Uhr Vormittags, Anfang 11 Uhr. Entree a Person 30 Pfennig. Billets sind vorher zu haben bei Wallentin, Liebenwalderstr. 51; Noack, Lauffgasse 35; Hampel, Reichenbergerstr. 123; Marohn, Büdlerstr. 13; Dralle, Staligerstr. 62; Vogelkändler, Bergmannstr. 89; Küstow, Ballhofendamm 27; Deich, Grünthalstr. 59; Sterling, Moabit, Stromstr. 44, und bei „Water Dreg“ am Weddingplatz.

Alter Louisestädter Handwerker-Verein, Adalbertstraße 21, Otto's Restaurant. Sonnabend, den 6. November, Abends 8½ Uhr: Vortrag des Herrn Kaufmann May über russische Zustände.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale 1, Berlin. Sonnabend, den 6. November, Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Poppe, Lindenstr. 106. Tagesordnung: Kassenbericht, Wahl eines Beitragsamtlers, Verschiedenes. Die Zahlstellen sind geschlossen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale 4, Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die monatliche Versammlung nicht am 6., sondern am Sonnabend, den 13. November cr., Abends 8½ Uhr, Andreaskstr. 26 stattfindet.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Rixdorf. Sonnabend, den 6. November, Abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstr. 136. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht des Vergnügungs-Komitees über das letzte Vergnügen. 3. Geschäftliches.

Der Verein der Photographie-Gehilfen zu Berlin hält seine Sitzungen regelmäßig jeden Dienstag Abends 8½ Uhr im Restaurant „Alt-Berlin“, Stralauerstraße 57. — Dienstag, den 9. November Familienkränzchen, wozu Gäste herzlich willkommen sind.

Sefang-Verein Nord-Jubil., Veteranenstr. 19, Uebungsstunde von 9—11.

Turn- und gefellige Vereine am Freitag, Turnverein „Hohenhaide“ (Männerabtheilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstraße 60/61. — Bitherklub „Alpenweiden“ Abends 8½ Uhr im „Anhaltiner“, Tempelhofer Wer, Ecke der Wödenstraße. — Rauchklub „Wesend“ Abends 9 Uhr im Hohenzollerngarten, Steglitzerstr. 27.

München, 2. November. Am Sonnabend Abend fand in der „Neuen Welt“ eine Versammlung von Buchdrucker-

hilfen statt, welche sich mit der Tariffage, speziell mit der Einführung des neuen Tarifs, befaßte und in welcher Herr Kiefer über den bisherigen Erfolg, bezw. die Einführung des neuen Tarifs, referirte. Derselbe kam zu dem Resultate, daß solche Kollegen, welchen der neue Tarif nicht eingehalten wird, zu unterstützen seien und eine Agitation für volle Einführung des Tarifs in ganz Bayern ins Leben zu rufen sei. Diesen Vorschlägen stimmten die Anwesenden zu und es wurde Herr Kiefer mit der Mission betraut, eine Agitationsreise durch Bayern zu unternehmen; für den Fall des Bedarfes wurde die Summe von 1000 M. zur Unterstützung bedürftiger Gehilfen genehmigt.

Letzte Nachrichten.

Montevideo, Donnerstag, 4. November. Das neue Ministerium hat sich konstituiert und ist folgendermaßen zusammengesetzt: Blanco Auswärtiges, Ramirez Inneres, Marques Finanzen, Aureliano Justiz, Larreta Krieg und Marine.

Ueber die vorgestern in Leeds stattgehabte Jahresversammlung der liberalen Vereine Englands meldet ein Privattelegramm der „Vossischen Ztg.“ aus London: Die Jahresversammlung in Leeds nahm folgendes liberale Programm an: „Fortgesetztes ungeschwächtes Vertrauen in die Führerschaft Gladstone's; Lösung der irischen Frage durch Herstellung einer irischen Legislatur für ausschließlich irische Angelegenheiten; Reform der Landgesetz, der örtlichen Selbstverwaltung und der parlamentarischen Geschäftsordnung; freier Volksunterricht; Gleichheit der Religionsbekenntnisse; Reform der Wahlgesetz; Nichteinmischung in kontinentale Streitigkeiten.“ Morley erklärte, die liberalen Parteiführer könnten das Grundprinzip ihrer irischen Politik nicht offen, um die abtrünnigen Liberalen zu veröhnen; die Versammlung lennezeichne den Beginn eines neuen Stadiums des großen irischen Streites, der jetzt mit neuer Kraft und neuem Vertrauen fortgesetzt werde. Mit diesem Programm ist der Bruch zwischen den liberalen Unionisten und dem Kumpfe der alten liberalen Partei besiegelt; was beide Theile getrennt hat, die Herstellung eines irischen Parlaments, steht in dem Programm obenan. Soweit sich auf Grund obiger Depesche beurtheilen läßt, bleiben die Forderungen des Programms hinter denjenigen Labouchere's, die unter „Großbritannien“ mitgetheilt sind, zurück.

In Bulgarien soll Kaulbars die Einsetzung einer neuen Regierung verlangt haben.

Bei der Marburger Neuwahl zum Abgeordnetenhaus an Stelle des früheren Abgeordneten Schreiber wurde der Amtsgerichtsrath von Stierberg (kons.) mit 114 Stimmen gewählt. Die beiden liberalen Gegenkandidaten erhielten 10 resp. 8 Stimmen.

Nach dem Freiburger Prozesse. Nachdem dem Landtagsabgeordneten Ulrich von Offenbach ein Gesuch, die ihm in dem Freiburger Sozialistenprozesse auferlegte Strafe in Hessen zu verbüßen, vom großherzoglichen Ministerium abgeschlagen, ist auch dem Darmstädter Bildhauer Müller auf ein gleiches Gesuch von der Königlich sächsischen Staatsanwaltschaft der Bescheid zugegangen, daß er seine Strafe in Sachsen zu verbüßen habe.

Das Verbot des „Offenbacher Lokalanzeiger“ und des „Offenbacher Abendblatt“ ist durch Entscheidung der Reichskommission wieder aufgehoben worden. Das „Offenbacher Tageblatt“ bleibt aber weiter verboten.

Marktallien-Bericht von J. Sandmann, städtischem Verkaufts-Vermittler, Berlin, den 4. November 1886. Geflügel. Die Zufuhren an fetten Gänsen sind nicht ausreichend, die Preise steigend. Fette Gänse per Pfd. 50—60 Pf., Stoppelgänse 6—8 Pfd. 40—45 Pf. per Pfd., junge Enten 1,50—2,50, junge Hühner 0,55—0,80, alte 1,20—1,70 M., Tauben 30—45 Pf., Bouldarden 4,50—8 M. Mageres Geflügel schwer veräußlich. Fette Gänse sehr begehrt.

Wild. Rehe 54—62, Hirsche 23—40, Wildschwein 25 bis 30 Pf. pr. Pfd., Rebhühner, junge 150, alte 90—110 Pf., Fasanenhennen 2,40—3,50 M., Fasanenbühne 3,10—4,00 M., Hasen 3,00—3,75, Kaninchen 45—55 Pf. v. Std., Arametsvögel 22 bis 26 Pf. per Stück. Auerhahn 3,00—4,50 M., Birkhuhn 1,75—2,50 M. pr. Stück, Schneepfen 2,20—2,80—3,20, Bekassinen 50—70 Pf. pr. Stück. Die Wildauktionen werden täglich im Bogen 4 um 9½ Uhr Vormittags und 6 Uhr Nachmittags abgehalten.

Eier 3,15 M. pr. Schock. Preise steigend. Butter. Preise unverändert. Frische feinste Tafelbutter 120—125, feine Tafelbutter 110—118, II. 95 bis 108, III. fehlerhafte 85—90. Landbutter I. 90—96, II. 80 bis 85 M. Galizische und andere geringste Sorten 55—72 M. pr. 50 K.

Räse. Schweizerkäse I. 56—63, II. 50—55, III. 42—48, Quadrat-Backstein I. fett 20—25, II. 10—16 M., Limburger I. 30—35, II. 20—25, Rheinischer Holländer Käse 45—58 M., echter Holländer 60—65 M., Edamer I. 60—70, II. 56—58 M., französischer Neuschaffler 16 M. pro 100 Stück, Roquefort 1,20—1,50 pro Pfd.

Obst und Gemüse. Die Zufuhren sind mäßig. Birnen 4,20 bis 6,50, Tafelbirnen 7—15, feinste Sorten 20—40 M., Apfel 4,25—7,50 M., Tafelapfel 7—15 M., feinste Sorten 20 bis 36 M., Maronen 20—30 M., Wallnüsse 30 M. pr. Str.

Zwiebeln 2,25—3,00—4,00, Weißfleischige Speisekartoffeln 2,80—3,60, rothe 2,80—3,00, blaue 2,50—3,00 M. 100 K., Teltower-Rüben 9—12 M., Sellerie 7—8 M., Meerrettig 7—12 M., Blumenkohl 20—40 M. pr. 100 Stück, Kohlrüben 1,50—2,00 M., pr. Str.

Blumen und Blätter. Vorbeerbätter 3,50—4 M. pro Korb, Rosen 10—15 M., Rosenknospen 1—3 M. pr. 100 Stück, Tuberosen 4—5 M. pr. 100 Stück, Veilchen 3,50—5,00 M. pr. Tausend, Rosen-Hochstämme 50—70, niedrig-veredelte 15—20 M. pr. 100 Stück, Primeln 13—15 M. pr. 100 Stück, Auktion jeden Dienstag und Freitag um 7 Uhr Nachmittags.

Geraucherte und marinierte Fische. Bratheringe per Pfd. 1,50—1,60 M., Russische Sardinen 1,50—1,60 M., Rheinische 2,50—2,90, Weiser- und Dfischlachs 1,20—1,60, Klundern, kleine 2—3 M., mittel 3,50—6 M., große 8—17 M., Büdlinge 1,80 bis 4,00 M.

Schaalhiere. Austern 7,00—12,00 M. pr. 100 Stück.

Briefkasten der Redaktion.

P. M. Den 11. Kommunal-Wahlbezirk vertritt der Stadtverordnete Dr. Bremer (Bürgerpartei). Kandidat der Arbeiterpartei war bei der letzten Wahl in diesem Bezirk der Kaufmann Karl Rosenthal.

G. P. Steele. Die Adresse des 1. Vorsitzenden der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler etc., Herrn H. Blume ist: Hamburg, St. Pauli, Wilhelmstein 20.

A. Kr., Gneisenaustraße. Bei der Reichstags- und Landtagswahl sind auch diejenigen wahlberechtigt, welche in Schlafställe wohnen; bei den Stadtverordnetenwahlen nur die Inhaber eigener Wohnungen und Chambergarfien.

Theater.

Freitag, den 6. November.
Opernhaus. Johann von Lothringen.
Schauspielhaus. Tartuffe. Vorher: Echtes Gold wird klar im Feuer.
Deutsches Theater. Gräfin Lambach.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Vizeadmiral.
Wallner-Theater. Goldonkel.
Victoria-Theater. Amor.
Ostend-Theater. Das neue Gebot.
Residenz-Theater. Ein Großstädter. Vorher: Ein anonym Brief.
Zentral-Theater. Zum 98. Male: Der Wald-Teufel.
Vellealliance-Theater. Die schöne Galathee. Rehn Mädchen und kein Mann. Flotte Purche.
Walhalla-Theater. Die Piraten.
Königsstädtisches Theater. Von Schrot und Korn.
Kaufmann's Varietees. Spezialitäten - Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Concordia - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.

Berliner

Stadt-Theater.

(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15

Freitag, den 6. November 1886:
Grosse Extra-Vorstellung.
Gastspiel des Herrn **Franz Cragau** vom Stadttheater in Reichenberg.

Zum 1. Male:
Graf Waldemar.

Schauspiel in 5 Akten von Gustav Freytag.

Vor der Vorstellung:
Grosses Concert der Hauskapelle

unter Leitung des Kapellmeisters Hrn. Th. Franke.

Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung versehen.

Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.

Eden-Theater.

(Früher Louisest Theater.) Dresdenerstr. 72/73.

Das großartigste Programm der Residenz.
Ehr Royal Yokohama Croupe (6 Personen), japanische Produktion. **Ebin Croupe**, bestrenommierten Akrobaten und Gymnastiker. **Mr. Becon**, bedeutender Athlet. **Mr. Nizaras**, Kraftproduktion an den römischen Ringen.

Die Theaterprobe in der Küche. Großartige burleske Operetten-Pantomime von der **Gesellschaft Walton**, 3 Damen, 3 Herren.

Riegels Balletgesellschaft, 12 Damen, 2 Herren.

Paula u. Ludwig Sellheim, Eugen Jocher.

Mr. Innere, Konzertsänger.

Kaffeeöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Soeben erschien



Internationalen Bibliothek.

Die Darwin'sche Theorie. (Die Abstammung des Menschen.)

Preis pro Heft 50 Pf.

Zu beziehen durch die
Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44.
Wiederverkäufern Rabatt.

Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler.

6. Stiftungsfest

am Sonnabend, den 6. November, in Renz' Salon, Raumnstraße 27. Anfang Abends 8 Uhr. Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu eingeladen. Billets zu haben bei: Lackur, Admiralstraße 26 II; Frank, Reichenbergerstraße 46 IV; Stiegelmeier, Gitschinerstraße 93 I; Lerche, Fruchtstraße 52 III; Werschle, Adalbertstraße 16; Fischholz, Strausbergerstraße 43. [983]

Generalversammlung der Central-Kranken-, Sterbe- und Unterstützungs-Kasse der deutschen Zimmerer am Sonntag früh 9½ Uhr in den Grätzel'schen Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79. Tagesordnung: 1. Kassenabrechnung. 2. Wahl zweier Kontrolleure. 3. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [987]

E. Schaefer, Stromstraße 29.
Versammlung der Mitglieder des **Vereins z. Wahr. der Interessen der Klavierarbeiter**

am Sonnabend, den 6. November, in **Grätzel's** Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79 (unterer Saal). T.D.: 1. Wissenschaftlicher Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. [981] Der Vorstand.

Außerordentliche General-Versammlung des **Vereins der Einscher (Tischler)**

Sonntag, den 7. d. M., Vormittags 10½ Uhr, Neue Friedrichstr. 44. Tages-Ordnung: 1. Wichtige Anträge des Vorstandes. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. [982] Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Fachverein der Bucher.

Sonntag, den 7. November, Vormittags 11 Uhr, im Lokale Inselstr. 10 bei **Schaefer**: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten. Fragelasten. [978] Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Fachverein der Former und verw. Berufsg.

Große Mitglieder-Versammlung Montag, den 8. d. Mts., Abends 8 Uhr, in **Hest's Salon**, Kommandantenstraße 72. Tagesordnung: 1. Ziele des Fachvereins. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. [984] **P. V.** Unsere Zahlstellen sind geöffnet: Norden zu jeder Tageszeit; Süden am Sonnabend nach dem 1., sowie 15. jeden Monats. Der Vorstand.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 M. Kaiser-Panorama. In dieser Woche: **Neu!** Zum ersten Male: Eine Wanderung durch Köln-Nachen. Zum ersten Male: 4. Reise maler. Schweiz. **Bertha-Reise.** — Carolinen-Inseln. Entree 20 Pfennig. Kinder nur 10 Pf.

Empfehle meine [890] **Glas-, Porzellan- und Tachester.** Solide Preise. Handlung Große Auswahl. **A. Karle, Lauscher-Platz 1.** Schließt zu von. Kulmitz. 20a Duera. 1 b. Grüne.

Arbeitsmarkt.

Tücht. Fraiser u. Plattenschneider verl. **Kenschow & Markert**, B. d. Stralauer Th. 22.

Gehilfen und Mädchen auf Baroque bei dauernder Arbeit gesucht. **Branne & Co.**, Grummstr. 35. [967]

Unserer Freundin **Johanna Jagert** zu ihrem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, verbunden mit den besten Glückwünschen. **E. S. S. R.**

Der Fel. **Johanna Jagert** zu ihrem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! **R. Rathe mal.** [980]

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der **Maier Heinrich Hahn** am 2. November, Nachmittags 2¼ Uhr, nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. November, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause **Dunzstraße 6** (Friedrichsberg) aus statt. Um stille Beileid bittet die tiefbetrübte Wittwe **Bertha Hahn.** [979]

Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Herrn Prediger Witthorn für die trostreichen Worte am Grabe, und den Mitarbeiterinnen für die uns in so überaus reichem Maße erwiesene Theilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Helene** sagen wir unsern tiefsten und innigsten Dank. **Familie Berndt.** Für 10 Tblr. e. **Piano**, f. g., fl., Oranienstr. 4 u. l.

Soeben ist erschienen:
Der Neue Welt-Kalender für 1887.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Reichshaushalts-Etat des Deutschen Reichs. — Zerbrochene Ketten. — Erzählung von Rob. Schweichel. — Wärlige Frauen und Daarmenschen. — Ein Proletariatskind. — Erzählung v. G. Langer. — Der Kampf zwischen Heuer u. Wasser in der Welt. — Von P. Döw. Köhler. — Wie man eine Million verdient. — Fliegende Blätter (humoristisch).

Als Gratis-Beilagen:
1. Lucia. 3. Mutterglück.
2. Blanche. 4. Die beiden Alten.
Ein Wandkalender.

Preis 50 Pf.
Stuttgart. **J. S. B. Dietz.**

Zu beziehen durch die Expedition dies. B. l. d. B. Zimmerstraße 44.
Wiederverkäufern Rabatt.